

Bezugspreis:

Für den Monat April 1923 M. ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis: Die einseitige ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 12. April 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Der Krieg gegen die Eisenbahner.

Immer neue Ausweisungen.

Trier, 11. April. (WZ.) 90 weiteren Eisenbahnbeamten aus Aartrich bei Trier wurde nunmehr teleggraphische Verfolgung angedroht...

Frankfurt a. M., 11. April. (WZ.) Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, wurden heute in Hirschheim 16 Eisenbahner mit ihren Familien von den Franzosen aus ihren Wohnungen vertrieben...

Trier, 11. April. (WZ.) Der Regierungspräsident von Trier, Dr. Saassen, hat dem französischen Bezirksdelegierten für den Regierungsbezirk Trier anlässlich der Massenweisungen von Eisenbahnbeamten in Düren, Euren, Trier-St. Paulin, wodurch allein in Euren und St. Paulin über 1200 Personen obdachlos geworden sind, während weiteren 500 Eisenbahnbeamten in Eyrang, Konz und Aartrich ein gleiches Schicksal bevorzusehen scheint...

Befugungschronik.

Keddinghausen, 11. April. (WZ.) Hier wurden gestern die größeren Banken besetzt. Auch der Bahnhof Keddinghausen-Süd ist besetzt worden.

Münster, 11. April. (WZ.) Die Franzosen haben eine neue Verordnung erlassen, nach der Kohlenwagen ohne Erlaubnis auf der Straße nicht gefahren werden dürfen...

Keine Unterstützung der Ruhraktion.

London, 11. April. (WZ.) Im Unterhaus fragte ein Mitglied, ob infolge der Unterredung mit Coucheur die Regierung beabsichtige, ihre augenblickliche Politik der freundschaftlichen Neutralität gegenüber Frankreich aufzugeben...

Stürmische Szenen im Unterhause.

London, 11. April. (WZ.) Das Unterhaus war heute sehr besucht. Die Mitglieder der Regierungsparteien waren nach der Erfahrung von gestern in ansehnlicher Stärke erschienen.

Die hierauf folgenden Reden der Arbeitervertreter zigten deutlich, daß viele Arbeitermitglieder entschlossen waren, vor Annahme der Resolution Baldwin eine derartige Erklärung der Regierung zu veranlassen.

Der Bahnhof Oberhausen ist von deutscher Seite wieder in Betrieb genommen worden. Auf der „Gute-Hoffnungshütte“ Oberhausen haben die Franzosen Kohlenwaggons beschlagnahmt.

Essen, 11. April. (WZ.) Das Verbot des Erscheinens der „Essener Volkszeitung“, das zunächst auf 8 Tage, bis zum 12. April, erlassen war, ist von der Besatzungsbehörde bis zum 3. Mai verlängert worden.

Der Reichspostminister veröffentlicht im Nachrichtenblatt des Reichspostministeriums einen Erlaß, in dem er den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Post- und Telegraphenverwaltung im besetzten und Einbruchgebiet für ihr Verhalten während der letzten drei Monate dankt und sein Vertrauen für die Zukunft ausspricht.

Der Reichskommissar für das besetzte Rheinland hat der Interalliierten Kommission eine Note überreicht, in der das Ansehen der Kommission, dafür Sorge zu tragen, daß die deutschen Behörden den Delegierten der Rheinlandkommission von jeder beabsichtigten Verhaftung eines Staatsangehörigen der an der Besetzung der Rheinlande teilnehmenden Mächte vorher Kenntnis geben, und daß im Falle der Ergreifung auf frischer Tat der Beschuldigte sofort dem Bureau der Delegierten zur Prüfung der Angelegenheit vorgeführt wird, als vertragswidriger Eingriff in die deutsche Gerichtsbarkeit zurückgewiesen wird.

Belgien und die Ruhraktion.

Brüssel, 11. April. (WZ.) Mehr noch als Besetzungen des Reichszanklers in München und Stuttgart und die Erklärungen des Reichswirtschaftsministers in Hamburg über die wirtschaftliche Lage in Deutschland wickte hier das Interview, das der sozialistische Abgeordnete Wauters nach seiner Rückkehr aus dem Ruhrgebiet der gesamten belgischen Presse gab.

Regierung keine weitere Mitteilung machte und die Arbeitermitglieder offen ihren Entschluß bekundeten, die Verhandlungen nicht weiter fortführen zu lassen, hob schließlich der Sprecher die Sitzung für die Dauer einer Stunde auf.

Erneute Mehrheit für die Regierung.

London, 11. April. (WZ.) Im Unterhaus fragte MacDonald, welche Schritte die Regierung angesichts der gestrigen Niederlage tun würde. Der Schatzkanzler erwiderte, die Regierung beabsichtige, morgen die gestrige Arbeit fortzuführen.

Müßige Kombinationen.

Einige Pariser Blätter hatten gestern Mitteilungen darüber gebracht, was Poincaré in seiner bevorstehenden Rede in Dünkirchen zur Ruhrfrage sagen würde. Diese Mitteilungen fanden dann durch einige Depeschendirektoren Eingang in einem Teil der Berliner Presse.

Oesterreichisch-ungarisches Schiedsgerichtsabkommen. Der österreichische Gesandte in Budapest und der ungarische Minister des Äußeren haben ein Abkommen betr. die obligatorische Schiedsverfahren zwischen den beiden Staaten unterzeichnet.

Zum ersten Male seit 250 Jahren. Das offizielle Organ der Regierung „London Gazette“, ist gestern insofern des Druckerstreiks zum ersten Male seit ihrem 250jährigen Bestehen nicht erschienen.

Die Pflicht zum Entschluß.

Mit dem heutigen Tag beginnt der vierte Monat des Ruhrkampfes. Das arbeitende Volk des neu besetzten Gebiets und ganz Deutschlands blickt auf drei Monate schmerzlicher aber auch erbebender Erfahrungen zurück.

Die Parole des passiven Widerstands gegen den widerrechtlichen militärischen Einbruch ist nicht an irgendwelchen grünen Tischen von Kabinetten oder Parteivorständen ausgeheckt worden, sie entspringt innerer Notwendigkeit und dem Willen der Massen selbst.

Eine führende Stellung in dieser Abwehrfront ist der Sozialdemokratie zugefallen. Indem unsere Partei diese Führung übernahm, tat sie nicht nur, was das Interesse der Arbeiterschaft erforderte, sondern sie sicherte sich damit auch einen starken Einfluß auf die Gesamtbewegung.

Ihr Verdienst ist es, daß die nationalistiche Welle im Ruhrgebiet zurückgedämmt worden ist, daß die unverantwortlichen Ratschläge derer, die den aktiven Widerstand propagieren, nicht befolgt worden sind.

Ebenso wie den aktiven Widerstand hat die Sozialdemokratie die Parole der Rechten bekämpft, Verhandlungen abzulehnen, solange die widerrechtliche Besetzung fortdauert.

Am Sonnabend wird Herr Poincaré in Dünkirchen eine Rede halten, die man mit Spannung erwartet. Ein Teil der Pariser Presse weiß schon zu melden, daß der französische Ministerpräsident durch die ungeheuren Entschlüsse, die er dort verkündigen werde, die Welt in Erstaunen versetzen werde.

Indes wird man in Geduld abwarten, was Herr Poincaré wirklich sagen wird. Man darf dabei auch eines nicht übersehen: Genau so wie hierzulande der Nationalismus die deutsche Regierung auf die Parole festlegen will: „Keine Verhandlung vor der Räumung!“ will der Nationalismus drüben die französische Regierung auf die Parole verpflichten: „Keine Räumung vor vollständiger Zahlung!“

Immer sprechen, die er im Hinblick auf die innerpolitischen Verhältnisse...



hältnisse Frankreichs sprechen zu müssen glaubt, sie können nichts an der Pflicht der deutschen Regierung ändern, die diplomatische Initiative zu einer Lösung zu ergreifen, die bei gutem Willen auf der anderen Seite der Welt den ersehnten Frieden bringen kann.

Die Frage der Stunde ist, ob die deutsche Regierung den Mut finden wird, unter den gegebenen relativ günstigen Verhältnissen auf die Eröffnung von Verhandlungen zu drängen, und ob es ihr gelingen wird, die Verhandlungen so zu führen, daß die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes gewahrt bleiben und seine Befreiung vom militärischen Druck gesichert wird. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß das eine sehr schwere Aufgabe ist, und daß es menschlich begreiflich ist, wenn einer oder der andere vor ihr zurückzuckt. Doch, wer den Augenblick ergreift, der ist der rechte Mann — auch der rechte Staatsmann!

Eine deutsche Regierung, die über die Lösung der gegenwärtigen Konflikte verhandelt, muß es verstehen, im Gemühen wie im Versagen die überwältigende Mehrheit des eigenen Volkes auf ihre Seite zu bringen. Dazu gehört aber eine große Aufrichtigkeit. Man muß es den nationalistischen Demagogen überlassen, so zu tun, als ob wir siegen könnten wie wir wollten, und als ob schwere Opfer vermeidlich wären, wenn nur mit der nötigen Furcht aufgetreten würde. Diese Demagogen werden ebenso isoliert werden können, wie etwa Elemente, die zu einer Kapitulation drängen könnten. Wir sehen aber solche Elemente nicht.

Im ersten Teil des Ruhrkampfes ist die moralische Kraft der Massen auf die Probe gestellt worden; sie hat diese Probe glänzend bestanden. In seinem zweiten Teil wird die Regierung zu erweisen haben, ob sie über die geistigen Qualitäten verfügt, die notwendig sind, um eine schwierige Lage zu meistern. Im Interesse des deutschen Volkes, im Interesse ganz Europas, um dessen Zukunft es geht, wird man wünschen müssen, daß diese zweite Probe ebensogut ausfalle wie die erste. Das Volk hat das Seine getan und tut es weiter, möge auch die Regierung das Ihre tun!

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags soll noch am heutigen Vormittag zu einer Sitzung einberufen sein, die sich jedoch nur mit dem deutsch-spanischen Handelsvertrag beschäftigen würde. Eine Einladung dazu war in späterer Nachstunde dem Ausschussmitgliedern noch nicht zugegangen. Im Reichstagsplenum beginnt nächste Woche die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes, ihr gehen Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern voraus. Heute werden die Führer der bürgerlichen Arbeitgemeinschaft empfangen.

## Landesverräter!

Dies schöne Wort, das in Bayern nächstens zu einem bei Gericht ganz üblichen zu werden droht, hat seit der Programmrede des sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner auch in die „hohe Politik“ Aufnahme gefunden. Seit die völksparteiliche „Zeit“ das Stichwort ausgab, halten die übrigen Rechtsblätter es für ihre Pflicht, den Vorwurf noch zu unterstreichen. Die „Kreuzzeitung“ legt gelegentlich auseinander, daß Zeigner objektiv Landesverräter begangen habe und subjektiv das Gebiet des Landesverrats, wenn nicht schon betreten, so doch gestreift habe. Wir sind der Meinung, daß die „Kreuzzeitung“ mit dieser Unterscheidung „objektiv“ eine bössartige Beschimpfung gegen den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten losläßt, aber „subjektiv“ sich von der Verantwortung drücken möchte.

Was hat Zeigner wirklich gesagt, das den Vorwurf des Landesverrats rechtfertigen könnte. Wir haben den ausführlichen Bericht unseres Dresdener Parteiblattes über die Rede vor uns. Er stützt sich augenscheinlich auf das amtliche Manuskript. Danach lautet die in Betracht kommende Stelle der Rede:

## Stilgefühl.

### Konzertumschau von Kurt Singer.

Jedes wahre Kunstwerk ist eine Eigenpersonlichkeit, ist ein besonderer Charakter. Jeder große Künstler hat seine Eigenart des Schreibens und Dichtens, hat seinen spezifischen Ausdruck. Welt, Umgebung, Lebensmelodie, Temperament, Gefühlsbasis, Technik, Ideen und bildnerischer Drang, bewußte Gestaltung eines Inhalts und unbewußtes, traumwandlerisches Schöpfen, all das sind Elemente, die den Griffel, den Stilk eines Meisters bestimmen. Die Zeit seines Erdendaseins, das kulturelle, gesellschaftliche Niveau des Jahrhunderts, der Wille und Atem menschlicher Gemeinschaft, Sinn und Höhe der Volksentwicklung beeinflussen den musikalischen Genius selbst dann, wenn sein eigenes Wesen sich gegen das Geströhre, gegen das Gewesene stemmt. Wir kennen den Federzug Bachs und Händels, wir kennen ihre lapidare, massive, auf Architekturtonit eingestellte Handschrift; wir kennen Haydns und Mozarts mit ihrem feinen Stil geschriebene, schwebend-graziöse, in sanften Farben schattierte, mit zarten Lungen atmende Partituren; und wir wissen, jedes Werk ist das einer anderen Periode, jeder Meister hatte anderes Wissen und Können vom Kunstwert, sah und erlebte das metaphysische Wunder vom Jenseits des Lebens, von der Kunst als „Idee an sich“ anders. Was ist Stil? Die Art, der Geist und der Klang, der Weg und die Mittel, wie ein Schöpfer den Urgrund musikalischer Wesenheit sucht, findet und heilsamer gestaltet. Stil: wir erschaffen das Wort und sein Bedeutungsfeld, als wir es begreifen. Erst wenn nachschaffende und Hörende aus der Atmosphäre des Kunstwerks in mangelhafter Einfühlung herausdrängen, erst aus einem Regeltönen, erst an einem äußeren Riß erkennen wir oft die Größe und das Verantwortliche eines zwingenden, Gemeinschaften bindenden Stils. Wer im Kunstwerk den Stilk erfindet und sich zu eigen macht, der hat das Format des kongenialen Interpreten.

In diesem Sinne ist keiner der Dirigenten, keiner der Solisten, die eine Woche (und mehr als eine) uns vor Augen und Ohr brachte, ein großer reiner Künstler gewesen. Aber man verlässe sich darauf: nur wer intuitiv oder in bewusster Kenntnis dem Stilk eines Werkes den entsprechenden Stilk der Reproduktion entnimmt, nur der ist berufen zu heiligem Dienst der Kunst. Das Schema läßt sich von jedem herunterhauen, Technik ist Kumperei, und ein wirkliches Maßwerk paßt ja selten. Genau so selten aber ist auch das Wunder des Musikerlebens.

Georg Schnepf ist gewiss ein außerordentlich befähigter Kapellmeister. Er kennt seine Partituren, reißt das Publikum mit, hat Feuer und Blut in seinen Adern. Einem massiven, breit und wuchtig ausladenden Temperament kommt am ehesten die pathetische Sinfonie Tschaikowskys entgegen. Er klingt gut, sinnlich, füllig, wenn auch nicht immer edel. Wo aber blies der Geist Haydns, was hätte diese überreizte, gehobene, effektiv zelebrierte G-Dur-Sinfonie mit Wien, mit Österreich, mit Eleganz und Altweierweise zu tun? Die Technik des 20. Jahrhunderts erschloß die stille, feine Götin des 18. Heilig M. Hay hat auf dem schnellen Weg vom Anfänger zum Hochflieger Führer eines Orchesters für Sinfonien noch nicht viel Ueberlegungszeit gehabt. Bei der Ouvertüre zum „Richard Wagner“ hätte er es so leicht: der Zeit verbietet ihm vielleicht diesen Aben Reicher, den ein noch unbegnadeter Richard Wagner aus deutscher und italienischer Fabrik zusammengestoppelt, schmissig und brutal herunterzuspielen. Aber das Ende mußte wenigstens eine

„Die sächsische Regierung ist mit der Reichsregierung einig darin, daß der Abwehrkampf gegen die fortgesetzte Schmälerung unserer Hoheitsrechte, gegen die Zerstörung unseres Wirtschaftsorganismus und die Auslaugung des deutschen Volkes mit aller Kraft fortgesetzt werden muß. Das Ziel des Abwehrkampfes ist, die Verhandlungsbereitschaft der französischen und der belgischen Regierung auf vernünftiger Basis herbeizuführen. Die Regierung ist aber der Ansicht, daß diese Politik der Abwehr, des passiven Widerstandes möglichst rasch, klar und eindeutig durch eine aktive Politik positiver Vorschläge ergänzt werden muß. Sie würde es daher begrüßen, wenn jede sich bietende ernsthafte Möglichkeit, zu Verhandlungen mit der französischen und der belgischen Regierung zu gelangen, von der Reichsregierung entschlossen ausgenutzt würde. Sie legt aber weiter Gewicht darauf, feierlichst zu erklären, daß nach ihrer Ansicht eine Verständigung mit Frankreich ohne ein großes Opfer der bestehenden Klassen Deutschlands nicht denkbar ist. Solange der Egoismus der bestehenden Schichten nicht dieser Einsicht weicht, ist ihr Reden über den französischen Rechtsbruch, jeder Appell an das Rechtsgefühl und das Kulturgefühl der Welt nur unwahrhafte und zwecklose Deklamation.“

Dabei soll der Zwischenruf „Vaterlandsverräter“ gefallen sein. Also wenn an die Besizenden appelliert wird, im Interesse des Volksganzen zu opfern, so ist das „Landesverräter“, weil es ein sozialistischer Minister sagt! Wie aber stand neulich in „Der Deutsche“, dem von Steigerwald gegründeten Organ der christlichen Gewerkschaften, zu lesen:

„Die Syndikate, die ihre Verkaufspreise ungekürzt dem Dollarstande anpassen, trotz der geringen Gesteuerkosten der Vorräte, trotz der Tatsache, daß für die gesamte Erzeugung der Dollar oft nur eine sehr geringe Rolle spielt; die Landwirte, die bei jeder Devisenhöhe den Preis für Milch, Kartoffeln, Getreide usw. hinausschnellen lassen, ohne Berücksichtigung der Gesteuerkosten. Der Arbeiter, der bei der Neuauflage von 10 vorräthigen baumwollenen Anzügen 1/2 Million Mark verdient und großmütig spendet, — sie alle begreifen nicht, was der Volksgemeinschaftsgedanke von ihnen fordert.“

Ihre Millionenpende ist keine nationale Tat, sondern ein Verrat an der Nation. Was sie an Spenden leisten, sind Trinkgelder, die sie in nationaler Stimmung demselben Volke zuwerfen, das für sie lediglich nur ein Ausbeutungsobjekt ist.“

Es ist eben eine allgemeine Auffassung in der Arbeiterschaft — mag sie „christlich“, sozialistisch oder kommunistisch sein —, daß die Besizenden sich bisher aus der Not des Volkes immer noch recht erhebliche Sonderprivilegien herauszuschälen gewußt haben und daß endlich der Anfang mit einer durchgreifenden Erfassung des Besitzes auch für die Zwecke der Reparationsverpflichtungen gemacht werden muß. Die Steuerdebatten des Reichstags haben ja in den letzten Wochen vor Ostern erst aufs neue gezeigt, wie weit wir davon noch entfernt sind.

Wenn es „Landesverräter“ in Deutschland gibt, so sind es diejenigen, die ihren Privatbesitz an Sachwerten höher schätzen als das Wohlergehen des ganzen Volkes, die den Heldenmut und das stille Duldbertum der Ruhrleute preisen und dabei an die neuen — Preise denken, die sie für ihre Produkte nehmen können. Wenn von einer Regierungshand auch einmal diese Tonart angeschlagen wird, so ist das durchaus zu begrüßen. Seit Wirth haben wir von der Reichsregierung ähnliche Töne nicht mehr gehört.

Als Kuriosum wollen wir noch vermerken, daß die Rechtspresse jetzt von der Reichsregierung fordert, sie solle den einzelstaatlichen Ministern das Reden über auswärtige Angelegenheiten verbieten, weil diese lediglich Sache des Reiches seien! Was sagt man in München zu diesem plötzlichen einheitlich-republikanischen Uebersturz?

430 Milliarden für den Wohnungsbau. Wie wir erfahren, wird das Reich in den nächsten Tagen 430 Milliarden Mark zur Förderung des Wohnungsbaus zur Verfügung der Länder stellen.

Streit im plüschigsten Rausch wertlos. Sonst hat solche Urauf-führung gar keinen Sinn. In der 9. Sinfonie Beethovens geschah es dann, daß die Solisten nach Schluß des zweiten Satzes nicht auf das Podium zu bringen waren. Sie ahnten wohl nicht, daß der plötzliche Uebergang des Adagio zum Prestissimo ein echt Beethovenischer Zug, eine herrlich-brutale Selbsteigentümlichkeit dieses Meisters ist, die nicht durch Gänsemärsch von Solisten durchbrochen werden darf. Diese mühselig bewerkstelligte Unterwerfung unter eine große Idee war den Primadonnen unangenehm. Das appellierte mit Recht an das Publikum, das mit dem umsichtigen Dirigenten soviel Stilgefühl mitbrachte, um das selbstgefällige (in den Frauenpartien höchst unerquickliche) Quartett mit Pfeifen und Scharren zu verschonen.

Die „Schöpfung“ unter Arnold Ebels fochlicher Führung blieb trotz der klugschönen, gefühlswarmen Sopranistin Minna Ebel-Wilde so matt, so unbelebt, in den Chören so schüchtern, daß ein Gefühl der Erquickung nicht aufkam. Unnötig zu sagen, daß die eben zurückgekehrte Jugkraft Souvental abgabs (was bei „eigenen“ Abenden nie passiert), wichtig zu monieren, daß der Organist (war es wirklich Fischer?) gelegentlich einfiel. Antonin Bednar spielt seinen Dooral mit einem solchen Plus an Jugendlichkeit und Grosour, daß ein Mantel an intellektueller Durchdringung und an planmäßiger Gestaltung nur leicht in die Wege fällt. Er ist geboren für die Interpretation nationalstängetlicher Musik. Seine Seele wird sich entwickeln. Mario Brunelli ist technisch noch ein Werbender aus dem Cello, der Ton ohne Gehalt, dünn und spitz, die Fingergeschwindigkeit sauber, doch ohne Eleganz. Henry Holtz, der Geiger, ist nicht Bach-Spieler aus innerer Verurteilung; Scharheit, Größe des Stils, das Klangvolumen seiner Orgel und der Ernst, den er in der D-Moll-Sonate bewies, stemmen ihn zu einem Qualitätsmusiker. Die Dehnungen im Tempo der Wacconna aber muteten gelegentlich an wie Gedächtnisstörungen. Dem Dresdener Streichquartett Dahlen-Kropffoller ist nur Gutes nachzusagen. Im Es-Dur-Quartett Mozarts war alles auf Ton-schönheit, auf ebenmäßigen Zusammenklang der edlen (Koch-)Instrumente gestellt, einheitlicher Geist lebte und webte innerhalb und außerhalb der Noten. Ein jeder fühlte hier atmet Mozarts Genius. Und auch bei dem österreichischen Ehepaar Reé bleibt die innerliche Harmonie des Spiels auf zwei Instrumenten zu bewundern, Liebesswürdig, delikater, weniger in klassisch-technischer, als in rhythmischer Vollendung geben zwei Urmusikanten ihr Bestes her. Aus zwei Flügeln, sich selber unsichtbar, erwecken die beiden Eheleute deutsche, russische, österreichische Musik zu fröhlich-verschäuflichem Leben. Ein einziges Gefühl bindet beide und bindet uns alle an ihre Kunst: Erfassen einer Tonwelt, Kenntnis und Würdigung instrumentaler Reize, Ehrfurcht vor der Kunst — Stilgefühl.

Sternheims „Hose“ macht jetzt auf ihrer Reise durch die Berliner Theater Station in der „Tribüne“. Unter all seinen Komödien aus dem „Heldenleben“ des Bürgers ist sie die rundeste, wirksamste. Die Verliebtenbelien seiner Sprache dienen hier nur der Charakteristik eines vorliegenden Literaten. Rog man über die rühmte Selbsterlebens Sternheims, der seine Stücke bald Entfarnungen, bald Freiheitsfanfaren nennen möchte, denken wie man will, die Komödienwirkung ist hier in dem ußigen, durch eine vorlorene weibliche Hofe aufgerollten Familienauschnitt zierlicher erreicht. Und wenn Jakob Liedike den Heldenvater gibt, wirklich ein „Biecher!“ und der

## Ein Tanz auf der Nase.

Obwohl die Deutschvölkische Freiheitspartei in Preußen aufgelöst ist, besteht ihr parteioffizieller Pressedienst in Berlin weiter. Als Herausgeber zeichnet die Presseabteilung der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Für den Grad der Unvorsichtigkeit dieses Pressedienstes ist es kennzeichnend, daß er sich über die Mitnahme von Bestellisten des „Deutschen Tageblatt“ anlässlich der Hausdurchsuchung bei der Deutschvölkischen Freiheitspartei beschwert. Verhält es sich so, dann geht daraus lediglich hervor, in einem wie engen Verhältnis das „Deutsche Tageblatt“ zu der aufgelösten Partei gestanden hat, und man wird darauf achten müssen, daß dieses „Kampfblatt der deutschvölkischen Freiheitsbewegung“ samt seiner Jugendbeilage nicht ein neuer Sammelplatz für die Verschwörerorganisation wird. Ein unmöglicher Zustand aber ist es, wenn die offiziellen Organe der Freiheitspartei sich trotz des Parteiverbots lustig weiterentwikkeln.

## Eine Erklärung Traubs.

In dem Prozeß vor dem Staatsgerichtshof gegen Dr. Traub führten von dem Vorsitzenden angeregte Vergleichsverhandlungen zu dem Ergebnis, daß der Angeklagte Traub folgende Erklärung abgab:

„Ich habe mich aus der Aussage der Zeugen überzeugt, daß die von mir aus dem „Reichswart“ in meinem Auftrag in der „München-Augsburger Abendzeitung“ vom 6. Mai übernommenen Mitteilungen die Vorgänge beim Empfangsabend vom 2. Februar 1921 in vollständig entstellter Weise wiedergegeben haben und daß deshalb der aus dieser Darstellung gezogene Schluß, der Herr Reichspräsident habe bei jener Gelegenheit eine vaterlandswidrige Besinnung an den Tag gelegt, eine der Wirklichkeit widersprechende schwere Kränkung des Herrn Reichspräsidenten enthält. Ich erkläre mein Bedauern darüber, daß ich diese Mitteilungen übernommen habe und bin bereit, diese Erklärung in einer der nächsten Nummern der „München-Augsburger Abendzeitung“ abzugeben.“

Weiter erklärte der Angeklagte, die Kosten des Verfahrens übernehmen zu wollen. Im Anschluß hieran wurde das Verfahren ausgesetzt, bis vom Reichspräsidenten die formelle Zurücknahme des Strafantrages vorliegt.

## Nationale Gesinnung.

### Ein Landrat, der nicht ins Ruhrgebiet will.

Eine wahrhaft rührende Vaterlandsliebe enthält eine Polemik, in die sich die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ gestürzt haben. Landrat z. D. Wilkins, der sich nach dem Zusammenbruch in seine Schmiede zurückgezogen hatte, wurde von dem preussischen Innenminister Severing zur Übernahme des Vorsitzes einer Kammer des Reichsentscheidungsamts für Kriegsschäden in Essen aufgefordert. Herr Wilkins weigerte sich, den Verfassungseid zu leisten und sich nach Essen zu begeben. Als ihm die Entziehung des Parteigeldes und die Einstellung eines Disziplinarverfahrens angedroht wurde, erklärte Herr Wilkins, er sei auf seinem Landbesitz unablöslich. Das ist eine immerhin recht wackere Leistung für einen alten preussischen Beamten, wenn man bedenkt, daß die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes im Ruhrgebiet immer neue Kräfte verlangt. Den Vogel schießt aber die „Deutsche Tageszeitung“ ab, indem sie den preussischen Innenminister angreift, weil er auf Grund dieses für einen Deutschen sehr rühmlichen Tatbestandes dem treuen Diener seines Staates Wilkins das Parteigeld entzogen hat. Der Innenminister hat sich lediglich an das bestehende Beamtenrecht gehalten und die Interessen des Staates wahrgenommen, der sich, zumal im Zeitalter der Ruhrbesetzung, nicht den Luxus leisten kann, auf Dienstleistungen vollkommen arbeitsfähiger Parteigeldempfänger zu verzichten. Vielleicht denkt die „Deutsche Tageszeitung“ einmal darüber nach, was sie zu einem Referenten gefogt hätte, der sich gemindert hätte, im Jahre 1914 an die Front zu gehen. Sie ist doch sonst so eifrig dabei, wenn es gilt, „Dolchstöße“ zu zerlegen.

ruhende Pol in dem Getrabel der Hasen- und Viertelmenschen, dann ist zum Aufschubergünstigen aller Grund. Dieses Mastodon gefestigter Spießbürgerlichkeit hat wirklich das überlegene Format und entzückt schon durch sein hohes Dasein. In seiner Menagerie machen Otto Gebühr als Frieseur Mandelstam und Franz Blei als Reichsbeschwerder Scarron gute Figuren. Freilich ist der Theoretiker Blei, der über Sternheims neuen Stil geschrieben hat, in der Beurteilung dieses Stils noch etwas besangen. Um so unbefangener streift Otto Grünig das Entzücken der alten Jungfer aus, die endlich zum Ziel gelangt. Man freute sich ihrer und der anderen Mitwirkenden in den verschiedensten Abarten des Lachens und vergaß auch nicht Roberts Regie und Suhrs treffliches Bühnenbild zu beachten.

Frühlings Wiederkehr. Nachdem noch am Sonntag in vielen Gegenden Süddeutschlands Schneefälle, in der Nacht zum Montag in fast allen Landesteilen Fröste vorgekommen waren, sind die Temperaturen in ganz Mitteleuropa beträchtlich gestiegen und hohen Dienstag auch in Nord- und Ostdeutschland wieder 15 Grad Wärme überschritten. Berlin brachte es auf 17 Grad Celsius, während seit Ostern nur in West- und Süddeutschland frühlingshohes, in den übrigen Landesteilen dagegen sehr kühles, nachwintertlich anmutendes Wetter geherrscht hatte. Die Wiederkehr der Wärme ist der Drehung des Windes nach Südosten zu verdanken, die durch eine Zunahme des Luftdrucks im Südosten des Erdteils und dem Vorbringen einer Depression aus dem Mittelmeergebiet über die Alpen nordwärts zu verdanken ist. Infolge dessen hat der Lufttransport aus dem kalten Norden des Erdteils kein Ende gefunden. Leider hat sich aber in Nord- und Ostdeutschland immer noch kein Regen eingestellt, wo die seit 2 Monaten herrschende Trockenheit allmählich bedrohlich für die Entwicklung der Feld- und Gartenfrüchte wird. Die Erwärmung dürfte sich während der nächsten Tage im ganzen Lande weiter fortsetzen.

Die Estimos als Pfeifenraucher. Die Pfeifenraucher werden nicht wenig erstaunt sein, zu erfahren, daß kürzlich bei den im Stocxo Alaska amfängigen Estimos eine Sammlung von Pfeifen aufgefunden wurde, die äußerlich denen ähnlich sind, die im fernsten Osten zum Opiumrauchen benutzt werden. Gleichwohl handelt es sich bei den Pfeifen der Estimos um richtige Tabakpfeifen, deren Herstellung in die Zeit von mehr als tausend Jahren zurückreicht. Erwähnenswert ist ferner, daß sich diese Sammlung aus Pfeifen, die für Männer, und solchen, die für Frauen bestimmt waren, zusammensetzt. Die Estimofrauen vor zehn Jahrhunderten huldigten, wie damit bewiesen wird, dem Tabakrauchen so wie die Europäerinnen des zwanzigsten Jahrhunderts; nur trugen sie dabei der hygienischen Forderung mehr Rechnung, da sie die am wenigsten schädliche Tabakpfeife der eleganten, aber dafür um so gesundheits-schädlicheren Zigarette vorgezogen. Die Estimopfeifen für Männer und Frauen sind ziemlich plump gefertigt, verdienen aber schon deshalb besondere Aufmerksamkeit, weil sie einwandfrei bezeugen, daß die Estimos in der Entdeckung des Tabakrauchens dem bekannten Gefandten Nicot, der Europa mit dem Rauchraut beglückte, um Jahrhunderte vorausgeeilt waren.

In der Volkshalle beginnt am 1. Juli die zweimonatige Sommer-spielzeit unter der Direktion von Heinrich Best mit einer Librettur-Pöffe „Sophterath Erben“ von Willem, Knut und Michaelis. Am 1. August folgt ein Operngastspiel, das ausschließlich aus Spielern besteht und zuerst Giacinto „Madama Butterfly“ bringen wird.



## Das Problem Bayern.

Zur bayerischen Rechtspflege.

Aus München wird uns geschrieben: In Bayern ist alles, was sich „national“ drapiert, gleichwohl, ob das „nationale“ Ziel durch Nord und Verbrennen aller Art, durch Umsturz der Verfassung oder Landesverrat erreicht werden soll, für den größten Teil der Bureaucrats tabu. Wogegen diejenigen, die für den Bestand des Reiches, für die Demokratie und für Ruhe und Ordnung eintreten, also alle links von Ludendorff und Heide stehenden Politiker, von vornherein genügend verdächtig genug sind, um verhaftet und nach einem post hoc vorgenommenen Beweisverfahren gerichtet zu werden. Deshalb erfreuen sich nicht nur alle Journalisten, die nicht durch und durch vom alten Polizeigeist infiziert sind, sondern auch alle politisch „Verdächtigen“ einer besonderen polizeilichen Fürsorge in Form von Personalfakten und Ueberwachung durch Spitzel. Ginge es nach dem Willen der Regierung, so müßten alle Verichterstatler auswärtiger Zeitungen aus München ausgewiesen werden! Denn was von außen in die blaueisen Pfähle eindringt, wird noch immer wie in der Kurfürstzeit als „flinkende Ware“ betrachtet.

Der Januskopf der bayerischen Politik und Rechtspflege zeigt aber jetzt kein anderes Gesicht, sobald es sich um die Verfolgung von Rechtsmissetätern handelt. Da zeigt sich die Justizbancartia nicht nur blind, sondern auch taub! Ein Beispiel von Duzenden: In den „Feldbüchlein“ der Hitleriten im März dieses Jahres, die als Vorbereitung für den Feldzug gegen Berlin dienen, beteiligte sich auch ein Mann, der in Stargard in Pommern das Attentat gegen Lobe und Severing auszuüben versuchte. Dieser Mann heißt Welz. Unter dem Decknamen Kunert hielt er sich in München auf. Er ging, nachdem ihn der Richter freigegeben hatte, in einer Münchener Gaststätte ein und aus. Hitler hatte große Dinge mit ihm vor; er sollte die nationalsozialistische Agitation in Oesterreich nach Münchener Muster leiten, nur war die Kostenfrage noch nicht entschieden, da „Kostbach“ sie nicht lösen wollte. Warum hat die Münchener Polizei diesen Mann nicht verhaftet wie so viele andere, auf die unser Münchener Parteileitung so oft und so deutlich hingewiesen hatte? Warum hat sie ihn wegen Verdachts der Begünstigung der Rathenau-Mörder rechtbrieflich verfolgten Studenten Baur, der von seinen Komplizen befreit wurde, freigelassen? Warum, warum? — Ein Narr wartet auf Antwort.

## Eine Anfrage.

München, 11. April. (U.) Die Landtagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei hat im Landtag folgende Interpellation eingebracht: Ist die Staatsregierung in der Lage, aufzuklären und zu begründen, warum das kirchliche Grabgelände, das im ganzen Reich für die von den Franzosen in Essen ermordeten Deutschen stattgefunden hat, allein in Bayern unterblieben ist?

## Das Urteil der Geschichte.

Herr Richard Müller bestätigt uns, daß seinerzeit ein Verdict gefällt wurde, nach dem die Protokolle des Volksgesetzes dem Parteiarbeit der SPD und USPD, zugeführt worden sollten. Er meint aber, daß wir auf sie keinen moralischen Anspruch hätten und richtet an uns die pathetische Frage: „Warum sorgen Sie sich um die Protokolle? Haben Sie etwa Angst vor dem Urteil der Geschichte?“ Vielleicht überlegt sich Herr Müller mal, ob über ihn das Urteil der Geschichte nicht vielleicht schon gesprochen ist.

Strohenfundgebungen in Teplitz. Nach einer Meldung der „Prager Narodni Politika“ ist es in Teplitz anlässlich eines Konfliktes zwischen tschechischen Rekruten und Polizei zu ärmlichen Strohenfundgebungen der Bevölkerung gekommen, die erst durch ein herbeigeschicktes Gendarmereinsatz unterdrückt wurden.

## Die armen Kinder im Frühling.

Ganz weiße Gesichter haben die Kinder der Stadt, wenn sie im Frühling stehen und in die tausend Lichter der Sonne und blühenden Bäume sehen.

Sie kommen aus dunklen Stuben, Winters Nacht, jedes mit einem winzigen, pochenden Herzen bedacht, tasten mit Händen, die durchsichtig weiß sind wie ihr Gesicht, schüchtern und leise in das große, wunderliche Licht.

Die Sonne hat eine breite, warme Hand. Alle Ströme und Städte umfließt sie im weiten Land. Aber auch über jedes der winzigen Herzen streicht sie feine hin, und es klingt und jubelt in den Kindern ein neuer Beginn.

Ganz weiße Gesichter haben die Kinder, ihr Herz ist rot, sie sehen die dunklen Schatten sterben, die Freude lacht, die kalten Kette knospen, der Kissen im Hof leuchtet grün, sie sehen vielleicht die Berge, lieblich schwingt, in den Himmel ziehn.

Und in den weißen Gesichtern glühen die Sterne der Augen auf. Das winzige Herz schlägt gewaltig zu dem Wunder Sonne hinauf. Sie schlürfen das Licht, sie trinken die Luft in die Lungen hinein, sie möchten Blumen und Berge und Klang und Frühling sein.

In den dunklen Mauern aber, wo sie alle zu Hause sind, weichen die Schatten nimmer und nimmer, und ewig rinnt von den bräunlichen Wänden ein Frösteln, nah und kalt, da stehen die Kinder mit weißen Gesichtern wieder arm und zaghaft und alt.

Heben die Hüfte und möchten springen und tanzen gehn, möchten, wie ihre Kindheit tollt, einmal fühlen und sehn. Kind sein! Kind sein! schreit das winzige Herz, und sie wissen es nicht.

Aber sie träumen von Glück und Spiel und gewaltigem, erdweitem Licht.

Ganz weiße Gesichter haben die armen Kinder der Stadt, wenn sie im Frühling stehen und von fern in die tausend Lichter der Sonne und blühenden Bäume wie in ein unerreichbares Wunder sehn ...

Hans Gathmann.

Bayern gegen die Einheitssturzschritt. Unter dem Vorwande, daß keine Aussicht mehr auf Schaffung einer den bayerischen Wünschen entsprechenden Einheitssturzschritt bestehe, hat das bayerische Kultusministerium dem Reichsministerium des Innern erklärt, daß es sich nicht mehr an den Verhandlungen beteiligen werde, und daß in den bayerischen Schulen an dem System Gabelberger festgehalten werde.

Der erste Jugendzähltag des Verbandes deutscher Erzähler findet Sonnabend abends 7 1/2 Uhr in der Aula des Volkshochschulgebäudes, Bülowstraße 84c, statt. Georg Engel liest aus eigenen Werken. Der Verband deutscher Erzähler will die heranwachsende Jugend durch Vorträge der Dichter selbst mit der modernen Literatur vertraut machen. Der Vortrag soll den Schulbüchern zugute kommen.

## Landbund gegen Hohenzollern.

Die knauserige „Hofkammer“.

Aus Stolp in Pommern schreibt man uns: Schon in Friedenszeiten zahlten die Hohenzollern ihre unteren und mittleren Hofbeamten schäbig. Wenn es nicht anders ging, wurden sie durch irgendeine kaiserliche Kabinettsorder zu irgend etwas ernannt. Das kostete nichts, sah aber hübsch aus. Eine solche Kabinettsorder ist der preussischen Republik teuer zu stehen gekommen, sie hat nämlich angeordnet, daß die Hofbeamten in Zukunft den Staatsbeamten gleichzustellen seien. Mit einem Schnörkel Wilhelms als Unterschrift war das gemacht. Leider ist dadurch der preussische Staat gezwungen worden, auch für Hofdamen, Marschälle und Hofräte Gehälter, Wartegelder und Pensionen zu zahlen. Die mittleren und unteren ehemaligen Hofbeamten sind in anderen Dienststellen untergebracht worden, sie konnten man gebrauchen, ihnen wird so ihr Gehalt nicht ohne Gegenleistung gezahlt.

Dort, wo die Hohenzollern heute noch auf die Gehaltsverhältnisse Einfluß haben, in ihrer eigenen Vermögens-, Grundstücks- und Domänenverwaltung, herrscht dagegen völlig die alte vorrevolutionäre Praxis. Die Beamten werden schäbig bezahlt. Das geht naturgemäß den Patrioten, wenn es allzu sichtbar wird, schwer auf die Nerven. Sie geben sich dann alle Mühe, ohne die Öffentlichkeit zu beunruhigen — das könnte wohl der Liebe zu den Hohenzollern einigen Abbruch tun —, die Sache ins Reine zu bringen. So kursieren bei uns in Stolp jetzt Abschriften eines Schreibens, das die Kreisgruppe Stolp des Pommerschen Landbundes an die Hofkammer, die Güterverwaltung der Hohenzollern, gerichtet hat. Es datiert vom 23. März 1923 und lautet wie folgt:

„Es ist gestern in einer Beamtenversammlung öffentlich erneut darüber Klage geführt worden, daß die landwirtschaftlichen Beamten der Hofkammer, soweit sie in Schmolzin und Wilhelmshof beschäftigt werden, nicht nach dem im Kreise Stolp geltenden Richtlinien entlohnt werden. Es wurde mit besonderem Nachdruck gefordert, die Hofkammer zu bitten, doch entsprechend ihrer Stellung den anderen Arbeitgebern vorbildlich zu sein. Ich gebe diesen Beschlüssen mit der Bitte weiter, uns mitteilen zu wollen, in welcher Höhe die auf den oben bezeichneten Gütern angestellten Beamten entlohnt werden. Bemerkenswert ist hierbei, daß der unmittelbare Antrag an die Hofkammer wiederholt gestellt worden ist.“

Stied, Geschäftsführer.

Schmolzin und Wilhelmshof sind Hofkammergüter, die sich mit ihren Einnahmen sehen lassen können. Im besonderen Schmolzin hat aus seinen Reklamationen fortlaufend sich steigende Erträge. Auch sonst nimmt die Hofkammer jetzt Milliarden allein aus den Holzverkäufen ein. Dennoch werden die mittleren und unteren Beamten so gering bezahlt, daß, wie der obige Brief beweist, sogar der Pommersche Landbund in einer gewissen Verärgerung an die hohenzollernische Behörde zu schreiben mag.

Wir sind gespannt darauf, was die Hofkammer im Sinne der „Vorbildlichkeit“ ihres allerhöchsten und innigst geliebten Herrn dem deutschnationalen Pommerschen Landbund antworten wird!

## Der sächsische Haushalt.

Dem sächsischen Landtag ist dieser Tage der Haushaltsplan für das Jahr 1923 zugegangen. Die Ausgaben sind mit rund 54,5 Milliarden im ordentlichen und mit fast 8 Milliarden im außerordentlichen Haushalt veranschlagt worden. Die letzte Summe soll den beweglichen Vermögensbeständen des Staates entnommen werden. Den 54 Milliarden des ordentlichen Haushalts stehen noch dem Voranschlag nur circa 45,5 Milliarden an Einnahmen gegenüber. Es ergibt sich somit ein Fehlbetrag von rund 9 Milliarden Mark. Zu dessen Ausgleichung ist in den Einnahmen ein gleich hoher Betrag als Entnahme aus den beweglichen Vermögensbeständen des Staates eingestellt worden. Ein Vergleich der Zahlen dieses Haushalts mit dem vom Jahre 1922 ist noch nicht möglich, da in den Vergleichsposten des neuen Haushaltsplans der Ende März verabschiedete Nachtragsetat für 1922 noch nicht berücksichtigt ist.

Wie bei allen Etats für das laufende Rechnungsjahr, so ist auch bei dem sächsischen zu berücksichtigen, daß er bereits im Herbst des vergangenen Jahres, also vor der großen Geldentwertung, aufgestellt wurde und alle sich daraus ergebenden Ausgaben in ihm nicht berücksichtigt worden sind. Bezüglich für die von Anfang September bis Ende November 1922 eingetretene Befoldungserhöhungen ist die Summe von 29,8 Milliarden eingestellt. Von den Ausgabenposten des Etats entfallen mehr als 40 Milliarden Mark auf die Dienstbezüge der Beamten, Volksschullehrer, Angestellten bzw. auf Ruhegehälter und rund 300 Millionen Mark auf andere persönliche Ausgaben. Für die Erwerbstätigen sind 11 Millionen und zur Vinderung der Notlage der Kleinrentner 39 Millionen Mark eingestellt.

Von den beweglichen Betrieben des Staates wird gesagt, daß sie sich bisher planmäßig und befriedigend entwickelt haben. Man erwartet auch für das Rechnungsjahr 1923 ein gutes Ergebnis und hat ihren an den Staat abzuführenden Reingewinn auf 27,5 Millionen veranschlagt, während für Abschreibungen und Rücklagen 40,3 Millionen eingestellt worden sind. Zur Verzinsung der allgemeinen Staatsschulden sind über 2,5 Milliarden in den Etat eingestellt worden, während zur Tilgung der allgemeinen Staatsschulden 95 Millionen Mark angefordert werden. Im außerordentlichen Staatshaushalt werden 7,9 Milliarden angefordert, unter denen sich fast 7,4 Milliarden als Kapitalbedarf der kaufmännisch verwalteten Unternehmungen des Staates befinden. 7,5 Millionen dienen für Herstellungen beim staatlichen Fernheiz- und Elektrizitätswerk in Dresden. 320 Millionen Mark sind u. a. für den Bau der Talperre Mühlberg bestimmt. Durch das dem Landtag gleichfalls zugegangene Gesetz über den Staatshaushalt 1923 soll das Finanzministerium zur Ausgabe von Schatzanweisungen im Betrage von 20 Milliarden Mark ermächtigt werden.

## Die Ruhrhilfe der Landwirtschaft.

Von der Sammelstelle für die landwirtschaftliche Ruhrhilfe in Minden sind in den letzten drei Wochen 845 Wagen Lebensmittel weitergeleitet bzw. abgerufen worden, enthaltend:

Weizen	89 101	Zentner
Kartoffeln	178 444	„
Reis	9 016	„
Hälsenfrüchte	1 603	„
Zucker	532	„
Fett- und Fleischwaren	2 336	„
Butter	315	„
Eier	88 888	Stück
Verschiedene Lebensmittel	6 595	Zentner
Brot	821	Stück

Im ganzen sind damit etwa 2545 Waggons zur Abfuhrung bzw. Abberufung gelangt. Auf Ostpreußen entfallen davon etwa 100 Waggons. Bis zum 7. April liegen bereits für 845 Waggons und 157 Stückausweisungen Empfangsbestimmungen vor. Der dritte Teil der Spenden befindet sich also schon in den Händen der Empfänger. Vor 14 Tagen betragen die angekommenen Mengen noch kaum den vierten Teil der abgerufenen.

Wiederaufbauminister Albert übernahm gestern die Geschäfte seines Amtes.

## Anpassung an das Lohnniveau.

Berlin, 11. April. (Ca.) Heute fanden im Reichsarbeitministerium Beratungen über die Frage statt, ob durch die erhöhten Beamtengehälter auch eine weitere Erhöhung des sonstigen Lohnniveaus erforderlich geworden sei. Man neigte indessen meist der Anschauung zu, daß die jetzige Aufbesserung der Beamtengehälter im wesentlichen nur eine Anpassung an das bisherige Lohnniveau bedeute und im übrigen befristet sei und nur den Charakter einer Notstandsaktion trage. Unter diesen Umständen könne nicht davon die Rede sein, die Vorschlagszahlungen, die an die Beamten Mitte April und Mitte Mai geleistet werden, zum Ausgangspunkt einer weiteren Steigerung der jetzt geltenden Löhne zu nehmen.

Dazu ist zu bemerken, daß wir immer noch auf die Läten der Reichsregierung warten, um auf die Syndikate und Kartelle den nötigen Druck auszuüben, damit sie ihre Preise an das Lohnniveau anpassen. Mit dem Herumdoktern an den Löhnen ist es nicht getan. Herunter mit den Preisen!

## Die Anerkennung der polnischen Ostgrenzen.

Aus Warschau wird uns geschrieben:

Am 15. März hat die Entente die polnische Grenze gegen Rußland und gegen Litauen anerkannt. Sie hat damit die gewaltsame Aneignung des Wilnaer Landes durch Polen sanktioniert und auf ihre früheren Pläne eines autonomen Ostgaliziens fast völlig verzichtet. Zwar hat sich die Entente wohl gehütet, eine Garantie für die polnisch-rußische Grenze zu übernehmen. Es heißt in dem betreffenden Beschluß des Vorkriegsrats vielmehr ausdrücklich, daß diese Grenze von Rußland und Polen „unter eigener Verantwortung“ gezogen sei. Aber trotzdem bedeutet die Zustimmung der Entente in der Grenzfrage für Polen einen großen Erfolg, und man begreift bis zu einem gewissen Grad den Festzuschuß, der daraufhin durch Polen gegangen ist.

Man sollte nun meinen, Polen fühle sich nun sicherer, befriedigter. Aber wir sehen statt dessen in Polen eine neue Welle des Nationalismus und Imperialismus. Nicht nur gegen die Deutschen in Westpolen werden von allen Parteien eilige Maßnahmen zu ihrer Verschärfung gefordert, sondern auch im Osten, wo die Polen eine kleine Minderheit unter Wehrlosen und Ukrainern bilden, glaubt man nun, den endgültigen Besitz schleunigst polonisieren zu müssen. Auch innerpolitisch hat der diplomatische Erfolg Polens nicht zu einer Beruhigung geführt. Vielmehr beschden sich die Parteien von rechts und links immer schärfer und die Stellung des Kabinetts Sikorski scheint neuerlich erschüttert.

In Polen sieht man es, den eigenen neuen Staat als Hort des Friedens in Mittel- und Osteuropa hinzustellen. Polens Verhalten nach einem internationalen Akt, der keine staatsliche und internationale Position zweifellos stützt, stimmt recht wenig zu dieser Auffassung.

Das Zentralkomitee der ukrainischen sozialdemokratischen Partei veröffentlicht einen Protest gegen den Beschluß des Vorkriegsrates über die östlichen Grenzen Polens, der u. a. die Zerreißen des ukrainischen Gebietes und die Unterjochung des ukrainischen Volkes gutheißt. Diese Entscheidung werde eine weitere Verschärfung der nationalen Verhältnisse in den besetzten ukrainischen Gebieten und neue Konflikte in Osteuropa heraufbeschwören.

## Entspannung in Memel.

Memel, 11. April. (U.) Ueber die Lage im Memelgebiet wird gemeldet, daß der Montag im allgemeinen ruhig verlief. Ueber den Verlauf der Verhandlungen der Memeler Berufsgruppen mit dem litauischen Vertreter verlautet, daß die Hauptforderungen bewilligt seien. Der stellvertretende Oberkommislar hat in den Punkten der Streikleitung, die zu seiner Zuständigkeit gehören, Einigenkommen gezeigt. Der Oberkommislar ist bereit, in Zukunft deutsche Eingaben und Schriftstücke in deutscher Sprache zu beantworten, sobald ihm das erforderliche Personal zur Verfügung steht. Ein Mitglied der Gewerkschaftskommission soll in die Aufenthaltbewilligungskommission aufgenommen werden. In der Frage der Straflosigkeit der Streikführer ist jedoch noch keine Einigung erzielt worden. Am Montag abend wurde darauf von den Gewerkschaften mit 80 gegen 76 Stimmen der Abbruch des Streiks beschloffen. Es wurde jedoch von den Gewerkschaftsführern erklärt, daß die Forderung der Freilassung der politischen Gefangenen aufrechterhalten bleibt. Am Mittwoch morgen waren die Geschäfte in Memel vollständig geöffnet. Die Arbeit in den Betrieben ruht jedoch noch. Man ist der Ansicht, daß der Generallstreik als abgebrochen gelten kann und die Arbeit wieder aufgenommen wird, wenn nicht durch unvorhergesehene Zwischenfälle eine Verschärfung der Lage eintritt.

## Französische Stimmen zur Rede Cunos.

Paris, 11. April. (EP.) Zur Rede Cunos schreibt der „Temps“, daß der deutsche Reichszanzler nicht mit der Zeit Schritt halte. Er verfolge noch immer den Traum eines deutschen Sieges. Wie General Ludendorff im September 1918 seine letzten militärischen Referenzen aufs Spiel gesetzt habe, so setze Cuno jetzt die finanziellen Referenzen Deutschlands aufs Spiel. Ueber die Folgen wird er sich vor seinen Mitbürgern zu verantworten haben. Auf keinen Fall aber werden sich Frankreich und Belgien ihren Sieg entziehen lassen. Frankreich sei unter keinen Umständen gewillt, sich seine Politik von Berlin aus diktieren zu lassen.

Paris, 11. April. (U.) „Echo de Paris“ faßt die Rede des deutschen Kanzlers im Reichstag zu Ehren der Opfer folgendermaßen zusammen: „Cuno verlangt viel, bietet aber nichts an. Er bringt als völlige Räumung des Ruhrgebietes, aber er bietet keine Garantien an. Er erklärt seine Bereitschaft zur Eröffnung von Vorbesprechungen, will aber keine Forderungen erst befriedigt sehen. Das bedeutet in Wirklichkeit, Cuno will nichts tun, und die deutsche Regierung will bei ihrer Politik des passiven Widerstandes verharren.“

Der Verkehrsausschuß des Reichswirtschaftsrats nahm gegen den Einpruch des Reichsverkehrsministeriums mit großer Mehrheit einen Arbeitnehmergehalt an, daß in die Verkehrs-ausschüsse zur Regelung des Kraftfahrverkehrs und zur Ueberwachung der Ausbildung der Kraftfahrer, die bei den höheren Verwaltungsbehörden zu bilden sind, nur solche Arbeitnehmer berufen werden können, die einer Organisation der drei großen Gewerkschaftsrichtungen angehören.

Branting geht nicht nach Genf. Da der schwedische Ministerpräsident Branting durch die Regierungskrise verhindert ist, Schweden auf der demnächst in Genf beginnenden Tagung des Völkerbundes zu vertreten, wird der Justizminister a. D. Prof. Udden Schweden auf dieser Tagung vertreten.

Gegen türkische Bulgarenverfolgungen in Westtrazien haben 25 bulgarische kulturelle und gewerkschaftliche Vereinigungen die Hse Hardings, der Entente und des Völkerbundes ange-rufen.



# Gewerkschaftsbewegung

## Um den Achtstundentag.

Wie erinnerlich, hat der Vorläufige Reichswirtschaftsrat beschlossen, daß die Arbeitszeit für das Bau- und Baugewerbe, vorbehaltlich notwendiger Ueberstunden, für acht Monate des Jahres auf neun Stunden täglich festgesetzt werden soll. Dieser unverständliche Beschluß hat die ebenso begreifliche wie berechtigende Entrüstung aller Bauarbeiter hervorgerufen. Wenn man sich der Kämpfe erinnert, die gerade die Bauarbeiter um die Verkürzung der Arbeitszeit geführt haben, wenn man sich weiter vor Augen hält, daß gegenwärtig gerade im Baugewerbe eine starke Arbeitslosigkeit herrscht, die sobald nicht behoben werden dürfte, dann erscheint dieser Beschluß, von allen anderen Erwägungen abgesehen, um so unverständlicher. Der Beschluß ist freilich noch nicht Gesetz und selbst wenn er es wäre, müßten die Bauunternehmer erst in der Lage sein, die Bauarbeiter zu dieser neunstündigen Arbeitszeit zu zwingen. Jeder derartige Versuch würde einen erbitterten Kampf hervorrufen. Wenn der Reichstag, was wir nicht annehmen, diesem reaktionären Beschluß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates beitreten sollte, dann würde die unausbleibliche Folge sein, daß im Baugewerbe fortgesetzte Kämpfe um die Arbeitszeit Platz griffen. Die übrigens illusorische Produktionssteigerung, die man sich von der Arbeitszeitverlängerung im Baugewerbe verspricht, würde durch die Kämpfe völlig aufgehoben.

„Der Grundstein“, das Organ des Deutschen Bauergewerksbundes, veröffentlicht eine eingehende Darstellung der Geschichte der Kämpfe um die Arbeitszeit im Baugewerbe. Es bedürfte eines 50-jährigen Kampfes, von 1872 bis 1902, um im Baugewerbe im Sommer den Zehnstundentag zur Regel zu machen. Darüber hinaus war es aber auch in einer Reihe von Großstädten gelungen, den Reinstundentag durchzusetzen. Von da ab hat die Verkürzung der Arbeitszeit im Baugewerbe weitere erhebliche Fortschritte gemacht. Die Berliner Puhler hatten schon 1900 die 8 1/2-stündige Arbeitszeit. Die Stukkatoren, Gipser, Puhler, Fliesenleger, Isolierer hatten schon vor dem Kriege in einer Reihe von Lohngebieten die achtstündige Arbeitszeit. In einer größeren Zahl von Lohngebieten betrug die Arbeitszeit 8 1/2 Stunden. Der Beschluß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates würde also für alle diese Gruppen bedeuten, daß sie hinter den von ihnen erkämpften Arbeitsbedingungen vor dem Kriege zurückgeworfen würden. Vorausgesetzt natürlich, sie ließen sich das gefallen.

Aber nicht in Deutschland allein waren die Bauarbeiter Kämpfer der Arbeitszeitverkürzung. „Der Grundstein“ bringt eine Uebersicht von den erfolgreichen Kämpfen der Bauarbeiter in anderen Ländern. Dieser von den deutschen Bauunternehmern durchgesetzte Beschluß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates ist übrigens auf einen Beschluß der internationalen Organisation der Bauunternehmer zurückzuführen. Denn auch die Bauunternehmer haben ihre Internationalen. Wenn jetzt in England ein Riesenkampf im Baugewerbe um die Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit von 44 auf 47 Stunden ausbricht, dann ist dies gleichfalls auf den erwähnten, in Brüssel gefassten Beschluß der internationalen Organisation der Bauunternehmer zurückzuführen. Allerdings sind die englischen Bauunternehmer bescheiden genug, den Bauarbeitern keine längere Arbeitszeit als den Achtstundentag zuzumuten. Eine derartige Lohheit zu begehen, war dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat vorbehalten. Was insbesondere das technisch überaus rückständige Baugewerbe betrifft, schreibt der „Grundstein“ sehr treffend:

„Warum sträubt sich das Unternehmertum des Baugewerbes gegen die Einführung zweckmäßiger Arbeitsweisen, warum ist es aus der Vereinigung für vergleichende Wirtschaftsforschung“ ausgetreten? Will es die auch von der übrigen Industrie als notwendig erkannten Fortschritte im Bauwesen verhindern? Der Mensch steht höher als die Bauindustrie. Wir brauchen den Menschen am Zukunftsbau der Wirtschaft und wollen ihn nicht um einer Industrie oder eines Gewerbezweiges halber vernachlässigen lassen. Darum ist unsere Forderung: Erhaltung des Achtstundentages und seine weitere Verkürzung durch Einführung neuer Arbeitsweisen. Die Bauarbeiter und ihre wirtschaftliche Vertretung, der Deutsche Bauergewerksbund, werden ihre Kräfte einzusetzen wissen, um den Achtstundentag zu erhalten.“

## Außerordentliche Generalversammlung der Fabrikarbeiter

In der am Sonntag abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Berliner Fabrikarbeiter, die sich mit der Abänderung des bisherigen Ortsstatuts beschäftigte, vertrat der 2. Bevollmächtigte K u d e r den Entwurf der Ortsverwaltung. Er wandte sich mit aller Schärfe gegen den Versuch, die Abänderung als Maßnahme gegen die Opposition zu stempeln. Die Revision des Ortsstatuts sei gerade von denen verlangt, die sich heute dagegen wenden. Wenn die Ortsverwaltung einige weitere Abänderungen vorschläge wie die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung auf 1 Jahr usw., so lasse sie sich lediglich von sachlichen Gesichtspunkten leiten.

In der Diskussion wandten sich R. Neumann, Th. Walte, A. Wylki und Rodinke gegen einige Abänderungsvorschläge, während H. Sewelow und W. Reimann für die Annahme sprachen. W. Wylki sprach sich gegen die politischen Auseinandersetzungen in den Gewerkschaftsversammlungen aus und fand damit die Zustimmung des weitestgehenden Teils der Versammlung. Neumann, Sewelow und Reimann wandten sich weiter scharf gegen die Entstellungen der „Roten Fahne“ und wiesen die Angriffe gegen das Verbandsorgan, den „Proletarier“, der sich lediglich in der Abwehr gegen die kommunistischen Wählerkreise befindet, zurück. Nach dem Schlußwort Rüdgers, in dem er den Ausführungen Wylkis über die politischen Auseinandersetzungen zustimmte, wurden die Abänderungsanträge der Ortsverwaltung gegen weinige Stimmen angenommen. Unter Ablehnung des Antrages Wylkis, das Ortsstatut am 1. Juni 1923 in Kraft treten zu lassen, wurde beschlossen, daß das neue Ortsstatut in allen seinen Teilen vom 1. Januar 1923 an Geltung hat. Nach diesem Beschlusse gelten die im Januar gewählten Delegierten als für das ganze Geschäftsjahr gewählt.

Zwei Dringlichkeitsanträge, wovon der eine sich für sofortige Reichslandsmaßnahmen gegen die Erwerbslosigkeit, der andere gegen die Bestrebungen, durch das Arbeitszeitgesetz den Achtstundentag zu beseitigen, ausspricht, wurden einer Kommission zur Bearbeitung für die nächste Generalversammlung überwiesen. Dem Beschluß des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, stimmte die Versammlung einstimmig zu.

mit zu. Angenommen wurde weiter ohne Debatte einstimmig folgende Resolution:

Die am 8. April tagende Generalversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zentrale Groß-Berlin, protestiert einstimmig gegen das Verbot der „Roten Fahne“ und fordert die sofortige Aufhebung desselben.

## Versicherungsgesetz und Erwerbslosenunterstützung.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich in den letzten Tagen mit einer Eingabe des Verbandes Deutscher Landesversicherungsanstalten zu dem Entwurf eines Gesetzes über Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte und der Reichsversicherungsordnung. Die Regierung hat diesen Entwurf dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat vor der Einbringung bei den gesetzgebenden Körperschaften zur Begutachtung nicht vorgelegt. Die Eingabe weist darauf hin, daß eine Reihe grundsätzlicher Fragen, die der Entwurf behandelt, einer gutachtlichen Stellungnahme durch die beteiligten Kreise bedürftig sind. Der Reichswirtschaftsrat wird daher gebeten, die Vorlage sachlich überprüfen zu wollen. Der Ausschuss beschloß einstimmig, einen Arbeitsausschuss einzusetzen, der im einzelnen untersuchen soll, ob und inwiefern der Sozialpolitische Ausschuss die Erwägung der Eingabe zu unterstützen in der Lage ist. Ferner lag dem Ausschuss ein Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 14. Februar d. J. demüthigt die Regierung, einen Schlüssel aufzufinden, der eine automatische und rechtzeitige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung entsprechend den jeweiligen Bedürfnissen ermöglicht. Da bei der Festsetzung der Unterstützungssätze die Kosten der Lebenshaltung, die Entwicklung der Löhne und Gehälter, die Lage des Arbeitsmarktes und die Leistungen anderer Zweige der sozialen Fürsorge und Versorgung zu berücksichtigen sind, so stellen sich der Lösung dieser Aufgabe große Schwierigkeiten entgegen. Zur Klärung des Problems wird eine Neukonferenz der sachverständigen Kreise erbeten. Der Ausschuss beauftragte seinen Arbeitsausschuss für Erwerbslosenfürsorge, sich eingehend mit der Frage zu beschäftigen.

## Querulanten an der Arbeit.

Von der Bauergewerkschaft Berlin wird uns geschrieben: Nachdem die von dem „Verbandchen der Ausgeschlossenen“ angezettelte Aktion bei der Glasflim-Aktionen-Gesellschaft für Bauausführungen kläglich ins Wasser gefallen und ein großer Teil irreführender Mitglieder wieder in den Bauergewerksbund zurückgekehrt ist, glaubt man, diesen Mitglieder schwand durch neue Aktionen“ aufhalten zu können. Vor längerer Zeit hat man in allen Vierteln Berlins „öffentliche Bauarbeiterversammlungen“ einberufen, die derartig kläglich besucht waren, daß man sie gut und gern in dem „Bureau“ des Verbandes in der Müllerstraße hätte abhalten können. Außerdem hatte man eine Sudelei, betitelt „Flugblatt an alle Bauarbeiter“ herausgegeben, wo man die Tatsachen direkt auf den Kopf stellte. Daraufhin hat unsere Generalversammlung und Baudelegiertenversammlung getagt und ein in im mit dem Vorstand für seine im Interesse der Berliner Bauarbeiter ergriffenen Maßnahmen, insbesondere für die auf der Baustelle Glasflim Köpenick, das volle Vertrauen ausgesprochen.

Das ist den Organisationszerstörern offenbar sehr unangenehm. Am 1. April erschien nach „berühmtem“ Muster ein offener Brief an die Vorstandsmitglieder, Generalversammlungsdelegierten und Betriebsräte des Bauergewerksbundes Berlin. Außerdem hat man sich in Unkosten gestürzt, indem man uns eine Abschrift des in der „Roten Fahne“ veröffentlichten Geschäftsbriefes mittels eingeschriebenen Briefes und einer Einladung zu einer von ihnen einberufenen öffentlichen Bauarbeiterversammlung übermittelte. Neben allgemeinen fadenscheinigen Unwahrheiten wird eine recht niedliche Hege gegen den Vorstand des Bundes entfaltet. Nachdem man dem Vorstand allerhand Schickliches untergeschoben hat, fordert man die vorgenannten Körperschaften auf, eine Versammlung mit ihrem Verbandchen zu machen, unter dem Schlachtruf „Einheitsfront aller Bauarbeiter“. Das Wort Einheitsfront nimmt sich sehr schön in dem Munde jener Leute aus, die die Einheitsorganisation der Bauarbeiter glauben zerschlagen zu können. Richt nur, daß man eine Hege gegen den Bauergewerksbund entfaltet, man ruft den so verpönten logizistischen Magistrat und die bis in den Boden hinein verdamnte Regierung auf, sie bei dem Kampf gegen den Bauergewerksbund zu unterstützen. Die Berliner Bauarbeiter haben über diese veranordneten Fanatiker und gewohnheitsmäßigen Querulanten ihr Urteil bereits gesprochen und soll diese Versammlung lediglich dem Zweck dienen, nachdem man sich bei der Moskauer Filiale in der Rosenfelder Straße Rat geholt hat, das erlittene vollkommene Fiasko zu vertuschen. Wer es mit der Einheitsfront aller Berliner Bauarbeiter ernst nimmt, läßt diese Schädlinge der Arbeiterbewegung unter sich. Die Vertrauenskörperschaften und Mitglieder des Bauergewerksbundes haben mit diesen Leuten nichts gemein. In diesem Sinne bitten wir auch unsere Kollegen zu handeln.

## Die Spaltungsarbeit und ihre Folgen.

Den Kommunisten ist es gelungen, die Organisation der Lothringischen Bergarbeiter vollständig zu zerstückeln. Die Folge davon war, daß die Organisation den eben beendeten Streik nicht erfolgreich durchführen konnte. Jetzt kommt der kommunistische Reichsausschuss der Betriebsräte“ und fordert die Bergarbeiter auf, eine Sammlung für die Opfer der kommunistischen Taktik einzuleiten. Wie in Lothringen, so sind die Kommunisten auch im Saargebiet eifrig daran, den Bergarbeiterverband „von innen heraus zu revolutionieren“, wie sie ihre Spaltungsarbeit nennen. Zum Glück haben sie damit keinen Erfolg gehabt, so daß die Saarbergleute in der neunten Woche ihres gewaltigen Kampfes ebenso geschlossen der Grubenverwaltung gegenüberstehen wie am ersten Tage. Ungeheure Geldmittel sind notwendig, um diesen Kampf zu finanzieren. Die Bergarbeiterorganisationen des Auslandes haben die streikenden Bergarbeiter bereits unterstützt. Für den Fall, daß der ADGB, erste Sammlung zugunsten der Streikenden veranlaßt, darf nur auf die von ihm ausgegebenen und auf keine anderen Listen gezeichneten werden. Nur wenn dieses Gebot eingehalten wird, ist Gemisheit dafür gegeben, daß die eingegangenen Beiträge auch wirklich zur Unterstützung der Streikenden und nicht zur Auffüllung des kommunistischen Kampffonds gegen die freien Gewerkschaften verwendet werden.

## Konflikt im Einzelhandel.

Eine am Montag stattgefundene Versammlung im Gewerkschaftshaus hat sich mit dem Vergleichsvorschlag, welcher von dem Demobilisationskommissar für die Zeit vom 1. bis 15. April 1923 festgelegt ist, beschäftigt. In der Diskussion wurde besonders darauf hingewiesen, daß durch die Erhöhung der sozialen Versicherungsbeiträge ein Mehroverdienst nicht zu verzeichnen ist.

Die Versammlung hat dann dem Beschluß der Funktionäre zugestimmt, daß der Lohnvertrag von der Organisation zum 15. April 1923 gekündigt wird.

Vollmeier berichtete dann über den Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommission zur Feier des 1. Mai. Trotz der außerordentlichen Wirtschaftslage muß der 1. Mai durch eine vollständige Arbeitsruhe geehrt werden. Die Versammelten wurden aufgefordert, in allen Betrieben für die Durchführung der Rastfeier Sorge zu tragen und bis spätestens zum 23. April die Stellungnahme der Mitgliedschaften in den einzelnen Betrieben der Organisation mitzuteilen.

## Richtung, Kupferschmiede der BZPD!

Pflicht eines jeden auf unserem Boden stehenden Kollegen ist es, in der am Freitag stattfindenden Mitgliederversammlung zu erscheinen, um zu verhindern, daß unsere Organisation zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht wird.

## Betriebsrat und Volkswirtschaft.

Es bedarf keiner weiteren Darlegung, wie stark unser gesamtes soziales Leben, insbesondere der Stand der Arbeiterbewegung bedingt ist durch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart. So klar auch diese Tatsache zutage liegt, so schwer ist es doch zumeist, sich ein klares Urteil über wirtschaftliche Zusammenhänge und Notwendigkeiten zu verschaffen. Nur ruhiges Eindringen in die Fragen der theoretischen und praktischen Volkswirtschaft verhilft zur Klarheit des Urteils.

Der neue Lehrplan der freigewerkschaftlichen Betriebsräte-Schule enthält folgende volkswirtschaftlichen Kurse, die sämtlich in der Woche vom 22. April beginnen: „Einführung in die Wirtschaftslehre“, „Die ökonomischen Lehren des Marxismus“, „Einführung in die moderne Volkswirtschaft“, „Wesen und Formen der kapitalistischen Wirtschaft“, „Kapitalismus und Sozialismus“, „Das Finanzkapital, sein Einfluß auf das Wirtschaftsleben unserer Zeit“, „Geldentwertung, Reparationsfragen und die Lage der Arbeiterklasse“, „Wirtschaftspolitische Zeit- und Streitfragen“, „Geographische Grundlagen der Wirtschaftspolitik“.

Sprechstunden von 5 bis 7 Uhr für Kurzarbeiter zu 250 M., für Arbeitslose unentgeltlich und Unterrichtsverzeichnisse werden in den Ortsverwaltungen der Gewerkschaften und im Bureau der Betriebsrätezentrale, Engelauer 24/25, 3. Hof 1, ausgegeben. Dort finden auch Montags und Freitags von 4 bis 7 Uhr Lehrberatungs-Sprechstunden statt.

Betriebsräte, Vertrauensleute! Werbt in Euren Betrieben für den Besuch Eurer Schule!

## Freigewerkschaftliche Betriebsräte-Schule.

Der Schiedspruch für die Hutindustrie, den das Reichsarbeitsministerium am 26. März unter Abweisung der Lohnforderungen für März und unter Nichtberücksichtigung der von den Unternehmern in örtlichen Verhandlungen gemachten Zugeständnisse abgegeben hat, enthält in Nr. 153 des „Vorwärts“ eine eingehende Darlegung, wie sie die ganzen Verhältnisse rechtfertigen. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes hat bekanntlich sofort die Verbindlichkeitsklärung dieses den Unternehmern so günstigen Schiedspruches beantragt, um den Arbeitern die örtlichen Zugeständnisse aus der Hand zu schlagen. Inzwischen scheint man auch im Reichsarbeitsministerium eingeleitet zu haben, daß dieser Schiedspruch denn doch nicht hieb- und staichelt genug ist, um ohne weiteres für allgemein verbindlich erklärt werden zu können. Die Parteien sind deshalb zu heute zu einer mündlichen Verhandlung im Reichsarbeitsministerium eingeladen, wobei dieser Schiedspruch hoffentlich die notwendige Korrektur erfährt.

Die Löhne der Schornsteinfegergehilfen. Die Lohnverhandlungen der Berliner Schornsteinfeger haben folgendes Ergebnis erzielt: Für die Zeit vom 1. April bis 15. Mai beträgt der Wochenlohn 73 000 M.

Wahlung Zimmerer! Es sei hierdurch nochmals auf die in dieser Woche stattfindenden Bezirksversammlungen aufmerksam gemacht. Es liegen, soweit uns bekannt ist, am Freitag abend die Bezirke 17 und 28, am Sonnabend die Bezirke 12, 29 (bei Polowitz), 25 und 26. Von den übrigen Bezirken ist uns eine diesbezügliche Mitteilung noch nicht zugegangen. Der Vorstand.

Chemische Industrie. Wichtige Versammlung der Vertrauensleute der WFA-Betriebe heute abend 7 1/2 Uhr im Verbandsbureau des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Straße 71/72.

Deutscher Bergarbeiter-Verband. Beruflicher der Goldmetall-Berufkreise, wichtige Besprechung morgen, Freitag, 1/2 Uhr, im Bureau, Stroblauer Str. 26.

Berantwärtlich für den Inhalt: Verli: Birker Schill, Berlin; für Anzeigen: Th. Meier, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3 (Büro 1. Etage).



## Nährflocks

REZEPT NR. 9

**Nährflocks-Reispudding:**  
In ein geheiztes Gefäß tut man 1/2 Liter Milch, 1/2 Liter Wasser, 1/2 Tasse Reis, 1 Tasse zerriebenen Nährflocks, 1/2 Tasse Zucker, etwas Butter und Muskat und rührt das Ganze langsam auf dem Feuer gut durcheinander, bis der Reis quillt. Dann läßt man die Masse, bis sich oben eine braune Kruste bildet. Dieser köstliche, erquickende heiße Nährflocks-Reispudding, in dem sich der goldenen Mais, die Vollkornmehl-Amerikas, und der Reis, die Nationalgetreide der Völker Asiens, zu einem wundervollen Ganzen vereinigen, ist eine ebenso nahrhafte als und leichtverdauliche wie praxisvoll schmeckende Familienessenz die sich bequem und billig bereiten läßt. Man serviert den Pudding mit Vanillesauce oder Fruchtsaft.

Die Verwendbarkeit der Nährflocks in der Küche und am Tische ist so gut wie unbegrenzt. Die Nährflocks sind als selbstständiges Gericht eine vollwertige Mahlzeit, als Zuspelze oder Nachspeise eine vorzügliche Stärkung u. Erfrischung, als Zusatz ganz oder zerrieben die billigste u. wertvollste Verbesserung jeder Kost in Bezug auf Nährkraft, Bekömmlichkeit und Wohlgeschmack. Zu haben in allen etablierten Geschäften.

# HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Sowohl Vorrat

<p>Margarine 2500.- Pfund</p> <p>Schmalz 3550.- Pfund</p> <p>Rindfleisch 2700.- Pfund</p> <p>Bandnudeln 950.- Pfund</p> <p>Corned beef 2400.- Pfd.</p>	<p><b>Fleisch</b></p> <p>Kalbshamm und -Rücken frisch ..... Pfund 2200.-</p> <p>Kalbskeulen frisch ..... Pfund 2400.-</p> <p>Gehacktes frisch ..... Pfund 2600.-</p> <p>Rinderkamm und -Querrippe gefroren ... Pfund 2800.-</p> <p>Rinderbrust und -Fehrippe gefroren ... Pfund 3000.-</p> <p>Schmorfleisch mit Knochen, gefroren ... Pfund 3200.-</p>	<p>Alexanderplatz</p> <p>Möhren 80.- Pfund</p> <p>Kohlrüben 75.- Pfund</p> <p>Kartoffeln 550.- Pfund</p> <p>Merlan 300.- Pfund</p> <p>Speelachs 450.- Pfund</p> <p>Hering 390.- Pfund</p> <p>Weizenmehl feinstes .. Pfund 750.-</p> <p>Amerik. Zungen ausgewogen Pfd. 3800.-</p> <p>Fetter Speck Pfd. 4000.-</p> <p>Landleberwurst Pfd. 3300.-</p>
--	--	--



Die Kunst dem Landvolk! Kulturbilder von einer deutschnationalen Schmiere.

Ueber das ostelbische Junkertum, wie es in Pommern, Schlesien, Preußen, Brandenburg und Mecklenburg daherkommt, ist viel geschrieben und noch mehr geredet worden, und Friedrich II., der, wie Max Maurenbrecher (ausgerechnet!) nachgewiesen hat, gar nicht so liberal war, wie ihn seine Verehrer hinstellen belieben, hat alles Erdenkliche getan, um zumgunsten des Bürgerturns den Junker als Offizier, Landrat und Staatsbeamten zu verewigen. Ihn und wieder kann man von einem, der bei irgendeiner Gelegenheit mit so einem Herrn in nähere Berührung getreten ist, wohl die Meinung hören: „Ach, das sind in Wirklichkeit ganz gemüthliche Kerle.“ Es wird aber viel zu wenig darauf geachtet, daß sich diese Gemüthlichkeit nur bei Wein und Kognak zeigt und daß diese Menschen geistig-seelisch seit Jahrhunderten auf derselben Stufe stehen. Wenn sie das Wort Kultur hören, so meinen sie, es bedeute eine neue Kognak- oder Zigarrenmarke. Diese Verurteilung ist keineswegs übertrieben, wenn man die folgende ungeschminkte Darstellung eines angeblichen Besuches liest, der Landbevölkerung Kunst und Bildung nahezubringen.

Theater, Landbundfest und Likör.

Im Oktober 1922 gründete ein Geheimrat Sch. Wilmersdorf ein Theaterunternehmen, das in den kleinen Orten der Mark Brandenburg, Schlesiens, Mecklenburgs, Hannovers und Waldecks für die Mitglieder des Reichslandbundes Aufführungen veranstalten sollte und in die D. L. B. (Deutsche Landvolks-Hochschule) kam. Die D. L. B. ist ein „Kulturunternehmen“ deutschnationaler Kreise und hat es sich angeeignet zur Aufgabe gemacht, der Landbevölkerung Vorträge über Defonemie usw. zu halten. Als künstlerischer Leiter wurde von Sch. ein Herr eingeleitet, der als Schauspieler zwar nur kleine Rollen gespielt hatte, aber am ehesten Kgl. Schauspielhaus in Berlin tätig gewesen war, ein Umstand, der ohne weiteres für Qualität bürgte. Daß dieser Herr, H., mit Namen, Offizier gewesen war, bedarf keiner Bestätigung. Der Ton, den er den Schauspielern gegenüber anschlug, bewies es. Jedes dritte Wort war: „Disziplin“, „Unbedingte Ausführung meiner Befehle“, „Militärisches Pflichtgefühl“ usw. Beim Engagementsabschluß wurden die Schauspieler gefragt, ob sie jüdisch seien, und mußten darauf Ehrenwort und Handschlag geben. Die Schauspieler wollten natürlich nicht ohne Garantie abschließen und fragten H., ob er im Bühnenverein sei, da er im anderen Falle ihre Gage bei der Bühnengemeinschaft hinterlegen müsse. H. versicherte, er sei im Bühnenverein angemeldet, und im übrigen stehe die Partei hinter dem Unternehmen. Die Teuerung sei ein, und es würden neue Schauspieler tarife festgelegt, die sich Geheimrat Sch. außerstande erklärte, zahlen zu können, obwohl die Beträge ausdrücklich besaßen, daß man die jeweils von der Genossenschaft festgesetzte Mindestgag bezahle, und obwohl sich die D. L. B. für jede Vorstellung in Naturalkien, 10 Zentner Roggen, bezahlen ließ. Das Ensemble war nur 8 Mann stark und für Roggen wurden täglich größere Preise erzielt. Trotzdem weigerte sich Sch., die Tarife zu zahlen, und zwang die Schauspieler unter Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen Notlage, einen neuen Vertrag bis zum 31. März 1923 einzugehen, in dem ihre Gagen um circa 40 Proz. unter Tarif festgesetzt wurden. — Nach jeder Vorstellung fand ein „Landbundfest“ statt. Dabei ließ als Beweis dafür, wie man auf dem Lande die Not der Zeit spürte, der Wein in Strömen, und Likörflaschen standen reihenweise auf den Tischen. Es wurde getrunken, und die Herren Junker „benahmen“ sich dabei. — Der Rest sei Schweigen! Zwischen durch mußten die Schauspieler Vorträge halten, und wenn die Stimmung ihren Höhepunkt erreicht hatte, wurde gesungen, und in der feuchtesten Ecke „Heil dir im Siegerkranz“. In Gorgast im Oberbruch kam es sogar zu Prügeleien, bei der sich die Herren Junker gegenseitig die Holenkreuze herunterrissen und sich Bierleidel an den Kopf warfen. Dabei wurde auf einen Schauspieler, als er auf die Toilette gehen wollte, um dem widerlichen Gebahren dieser Herren zu entrinnen, sogar ein Revolver abgefeuert. Also Monieren, wie sie auf der Welt heute nur noch bei dem übelsten Goldgräbergesindel in Wildwest vorkommen dürften.

Antisemitische Propaganda.

Begleitet wurde die Tournee von einem Freiherrn von L., einem bekannten Judenfeind aus dem Kreis des in der letzten Zeit oft genannten Herrn Müller von Hausen. Dieser ablige Pro-

fessor, den man, wenn er nicht den Mund aufstun würde, in der Tat für einen Rabbiner halten würde, machte unterwegs in Antisemitismus Ausdrücke wie „Judenfleisch“ waren gang und gebe, und dieser Kulturträger schredte nicht davor zurück zu sagen, daß man die Juden für vogelfrei erklären, sie ansputen und todschlagen, und daß sie, wenn sie überhaupt eine Lebensberechtigung hätten, nur vor den Wagen gespannt werden und den Jaum im Maul wie ein Zugtier haben müßten. Der Erfolg der Schimpferei war, daß nach einer Vorstellung die Landblinder einen Schauspieler auf-forderten, in Berlin bei Sch. vorstellig zu werden, damit die Souffleuse aus dem Ensemble entfernt würde, weil sie — jüdisch aussehend und nicht in ihre Kreise hineinpaßte.

Nach einiger Zeit konnte dann auch das Geheimnis gelüftet werden, das noch immer den Spielleiter, den ehemals königlichen Hofschauspieler unweiterte. Die Schauspieler waren mit ihm in einen Konflikt geraten, den sie bei der Bühnengemeinschaft aus-tragen gedachten. Dabei bekamen sie auch heraus, daß H. beim Vertragsabschluß falsche Angaben gemacht hatte und gar nicht im Bühnenverein angemeldet war, so daß der Bühnenverein in diesem Falle keine Einwilligung zur Entlohnung vor dem Schiedsgericht gab. Das Gewerbeamt aber kostete Geld, und das konnte ein Schauspieler bei der D. L. B. nicht aufreiben. Den Höhepunkt erreichte aber H. wenige Tage später in der Weihnachtswoche, als er sämtlichen Mitgliedern zum 1. Januar 1923 die Kündigung aus-sprach unter dem Hinweis, daß ihm die Fortsetzung des Vertrags-verhältnisses mit diesen Schauspielern nicht zugemutet werden könne. Übrige Vorstellungen der Ensemblemitglieder bei Herrn Sch. veranlaßten diesen endlich, H. herauszufinden und einen Leiter einzustellen, der nicht bei jeder Gelegenheit den Künstlern die Faust unter die Nase hielt. Im übrigen blieb die Honorierung gleich niedrig.

Schauspieler werden nicht bezahlt!

Jetzt nun warten die Schauspieler auf ihre Gage, die man ihnen seit 1 1/2 Monaten schuldig ist. Als am 31. März die Spielzeit abgelaufen war, versuchten die Schauspieler, Herrn Sch. zu sprechen. Sie wurden von ihm zu einer Konferenz zusammengerufen, und nach-dem Sch. ihnen gesagt hatte, sie müßten auf ihn warten, er besorge sich das Geld und sei in kurzer Zeit wieder bei ihnen, laßen die Mitglieder geschlagene Stunden im Bureau, bis sie sich durch ein Telefongespräch überzeugen mußten, daß — Sch. bei einer Geburtstagsfeier in Karlshorst weilte. Als sie diesen merkwürdigen Herrn Geheimrat in späteren Tagen endlich einmal zu fassen bekamen und von Geldsachen nicht die Rede war, machte ihm eines der Mitglieder das Angebot, daß er ihnen einen Wechsel über die in Frage kommende Gage ausstellen möchte, den sie in vier Wochen einlösen könnten, damit sie überhaupt etwas von ihrem Gelde zu sehen bekämen. Da sagte Herr Geheimrat Sch.: „Das kann ich nicht machen, mit Wechseln habe ich meine Erfahrungen, Das kann mit nur einen Reinfall bringen!“

Es fällt einem sehr schwer, hier mit der rechten Bezeichnung des Verfahrens, armen Schauspielern ihre Gagen vorzuverhätten, zurückzuhalten. Die polizeilichen Aufsichtsbehörden, die doch sonst so furchtbar penälich sind, wenn es sich um Theaterangelegenheiten handelt, täten wirklich gut, sich mit der Angelegenheit des merk-würdigen Geheimrat Sch. und der noch merkwürdigeren Deutschen Landvolks-Hochschule recht eingehend und recht geschwind zu beschäf-tigen. Das Ganze in seiner kaum zu überbietenden Realität ist aber ein schles Stück der in den dunkelsten Winkeln Deutschlands noch immer äppig wuchernden deutschnationalen junkerlichen Fufel-kultur.

Opfer der Arbeit. Dem Schlosser Karl Toppel aus der Banstr. 42 fiel in einer Fabrik in Dorfstraße bei Montagearbeiten ein Knettrug auf den Kopf. Er erlitt einen schweren Schädelbruch, an dessen Folgen er unmittelbar nach Einlieferung in das Kindendorfer Krankenhaus verstarb. — Beim Arbeiten an einem bewanderten Hebelkan wurde der Vorarbeiter Friedrich Wietzand, Mariagenstand 12, durch einen herab-fallenden Ausleger eines beweglichen Hebelkanes so schwer ver-letzt, daß er ebenfalls kurz darauf verstarb.

Der Berliner Haushalt 1923.

Ein ungedeckter Fehlbetrag von 30 Milliarden Mark.

In der gestrigen Magistratsitzung gab Kammerer Dr. Kar-ding den ersten Überblick über den Haushaltsvoranschlag für 1923, der am Sonnabend mit den Bezirksbürgermeistern in ge-meinschaftlicher Sitzung beraten werden soll. Der Haushalt ist nach dem Stande vom 1. Oktober 1922 aufgestellt, d. h. Einnahmen und Ausgaben sind so eingestellt, wie sie nach dem Geldwert jenes Tages und den damals geltenden Löhnen, Preisen, Steuern usw. angenommen werden konnten. Es versteht sich, daß auch diesmal die Ausgaben unbarmherzig auf die geringst-mögliche Höhe herabgedrückt werden mußten. Dies ist in eingehenden Verhandlungen der zentralen Finanzverwaltung mit den ein-zelnen Bezirken und Zentralverwaltungen geschehen.

Während 1922 der Haushalt noch mit rund 13 Milliarden ab-schloß, steigt die Abschlußziffer nach dem Stande vom 1. Ok-tober 1922 auf 35 Milliarden. Davon entfallen in der Ausgabe 25 Milliarden auf die Bezirke, 30 Milliarden auf die zentralen Ver-waltungen. Unter diesen 30 Milliarden befinden sich 4,4 Milliarden für Verwaltungskosten, 8,3 Milliarden für zentrale Jugend-, Wohlfahrts- und Gesundheitspflege, 4,6 Milliarden für Kapital- und Schuldverwertung, 9,3 Milliarden für zentrale Gemeindebetriebe. Die großen zentralverwalteten Werke mit kaufmänni-scher Buchführung, namentlich die Gaswerke, Wasserwerke, Elektrizitätswerke sind nur mit ihren Ueberschußbeträgen in den Haushalt aufgenommen. Der Gesamtausgabe von 55,2 Milliarden steht eine Gesamteinnahme von 51 Milliarden gegenüber. Darin sind Steuern mit rund 11 Milliarden und die Ueberschüsse der zentralen Werke mit rund 2 Milliarden enthalten, ferner die verschiedenen Gebühren und die Befoldungszuschüsse. Die Deckung des Fehlbetrages von 4,2 Milliarden wird zum weitaus größten Teil aus den Einnahmen und Mehreinnahmen erwartet, welche die Gemeinden nach dem Entwurf des Finanz-ausgleichsgesetzes erhalten sollen, namentlich aus der Erhöhung der Umsatzsteuer und der Steigerung des Gemeindeanteils auf 25 Proz., die mit 3 Milliarden veranschlagt ist. Das Bild ist unter der Vor-aussetzung schnellsten Zustandekommens des Finanzausgleichsge-setzes nicht so ungünstig, wie es erwartet worden ist. In-dessen liegt der gewählte Stichtag, der 1. Oktober 1922, am Anfang der ungeheuren Geldwertverwunders der letzten Monate. Seit-dem haben sich die Ausgaben vervielfacht, während die Einnahmen, insbesondere die Steuereinnahmen sich der Geldwertverwertung nur langsam und unvollkommen angepaßt haben. Man rechnet nach dem Stande vom 1. April 1923 auf Grund vorläufiger Durch-prüfung mit einer Steigerung der Ausgaben gegenüber dem 1. Ok-tober auf des Zwöl- bis Fünfzehnfache, während bei den allge-meinen Verwaltungseinnahmen nur eine Steigerung auf des Zehn- bis Zwölffache erwartet werden kann und die Steuern gegenüber dem Oktoberstande sich in sehr viel geringerem Maße vervielfacht haben. Diese verschiedene Entwicklung in den Ausgaben und den Einnahmen bringt den Haushalt 1923, der schließlich doch auf den Stand vom April ge-bracht werden muß, in außerordentliche Not. Die gesamte Ausgabe schwimmt nach dem heutigen Geldwert auf 537 Milli-arden an, denen nur 517 Milliarden laufende Verwaltungseinnahmen gegenüberstehen. Die Einnahmen aus den Ueberschüssen, Gütern und Forsten erhöhen sich unter Beibehaltung der gegenwärtigen prozentualen Abgabe auf 52 Milliarden, die Einnahmen aus den Steuern nur von 11 (elf) Milliarden auf 105 (einhundertundfünf) Milliarden. Aus den neuen Steuern und den erhöhten Steuer-anteilen des Finanzausgleichsgesetzes werden nach dem Aprilstande 50 Milliarden erwartet, wovon 37 (siebenunddreißig) Milliarden aus der Umsatzsteuererhöhung. Es bleibt nach einer vorläufi-gen Schätzung der Mehrausgaben und Mehreinnahmen ein ungedeckter Betrag von rund 30 Milliarden Mark.

Eine genaue Nachprüfung der einzelnen Ausgaben- und Ein-nahmegruppen auf den Umfang der Steigerung gegenüber dem Oktober 1922 ist noch im Gange. Erst wenn sie vorliegt, wird ein zuverlässiges Bild möglich sein. Schon heute aber ist unabweisbar, daß ein völliger Ausgleich von Einnahme und Ausgabe, wenn überhaupt, nur unter schweren Opfern möglich sein wird.

Die Finanz- und Steuerdeputation beschäftigte sich gestern mit der Aufnahme einer Inhaber-Papieranleihe. Die Stadt Berlin will, wie bereits gestern an dieser Stelle aus-führlich mitgeteilt, die Genehmigung für einen Anleihebeitrag

(Nachdruck verboten. Der Volk-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

Aus dem amerikanischen Manuskript überseht von Julian Campers.

Handsome machte einen Schritt vorwärts auf Andrews zu und schlug ihn mit der Faust zwischen die Augen. Sterne tanzten ihm plötzlich vor dem Gesicht, und das Zimmer wirbelte herum, hart schlug kein Kopf auf den Boden. Er stand wieder auf. Die Faust schlug ihn wieder auf dieselbe Stelle, blendete ihn, die drei Gestalten und das helle Rechteck des Fensters wirbelten durcheinander. Ein Stuhl krachte mit ihm zu Boden, und ein harter Stoß im Hinterkopf ließ auf einen Augenblick alles schwarz werden. „Genug, laßt ihn zufrieden!“ hörte er eine Stimme weit weg am Ende eines schwarzen Tunnels. Ein ungeheures Gewicht schien ihn niederzuziehen, als er, von Tränen und Blut geblendet, aufzustehen versuchte. Zukende Schmerzen schossen wie Pfeile durch seinen Kopf, Handgelenke lagen um seine Handgelenke. „Steh' auf!“ schnarrte eine Stimme. Er stand auf, schwaches Licht trat durch die strömenden Tränen in seine Augen. Seine Stirn brannte, als ob heiße Kohlen dagegen gepreßt würden. „Achtung, Gefangener!“ schrie die Stimme des Offiziers. „March!“

Automatisch hob Andrews den einen Fuß und dann den anderen. Er fühlte in seinem Gesicht die kühle Luft der Straße. Auf beiden Seiten tönten die harten Schritte der Militärpolizisten. In ihm hörte eine Stimme, gellend.

6. Unter den Rädern.

1.

Die offenen Abfalleimer klapperten, als sie in den Lastkraftwagen verladen wurden. Schmutz und ein Geruch ver-saufter Dinge lag in der Luft, wo die Männer arbeiteten. Eine Wache stand dabei mit gepreßten Beinen, den Gewehr-kolben fest auf die Erde gedrückt. Der Morgennebel lag tief und verlor sich in den Fenstern des Hospitals. Aus der Tür kam ein harter Kartholgeruch. Der letzte Abfalleimer wurde auf den Wagen verladen, die vier Gefangenen und die Wache

kletterten hinauf und suchten sich, so gut sie konnten, einen Platz zwischen den Eimern, aus denen blutiges Verbandszeug und Asche heraustram, und der Kraftwagen fuhr ratternd ab nach der Straße, wo der Müll verbrannt wurde, durch die Straßen von Paris, am frühen Morgen.

Die Gefangenen trugen keine Uniformen. Ihre Hemden und Hosen waren mit Fett und Schmutz bedeckt. Ihre Hände waren mit zerrissenen Kanadashandschuhen bedeckt. Die Wache, ein schläfriger Jüngling, der ununterbrochen freundlich grinste, hatte Mühe, sein Gleichgewicht zu halten, wenn der Wagen Kurven nahm.

„Wie viele Tage wird man mit so 'was beschäftigt, Happy?“ fragte ein Junge mit milden, blauen Augen und heller Gesichtsfarbe und rötlichem, geädertem Haar.

„Weiß nicht, Junge. So lange, wie es ihnen Spaß macht.“ sagte der stiernackige Mann neben ihm, der ein Gesicht wie ein Bogyer mit einem schweren, ausladenden Kinn hatte. Dann, nachdem er den Jungen einen Augenblick angesehen hatte, das Gesicht zu einer Art erstauntem Lachen verzogen, fuhr er fort:

„Sag 'mal, Junge, wie zum Teufel bist du hierher gekommen?“

„Ich habe einen Fordwagen gestohlen.“ sagte der Junge heiter.

„Was?“

„Und für 500 Franken verkauft.“ Happy lachte und hielt sich an einem Ascheneimer fest, um nicht von dem schleudernden Lastauto heruntergeworfen zu werden.

„Sache, was Kerl?“ schrie er. „Mach' du das 'mal nach.“ Die Wache grinste.

„Man hat mich nicht nach Leavenworth geschickt, weil ich noch so jung bin.“ fuhr der Junge heiter fort.

„Wie alt bist du denn, Junge?“ fragte Andrews, der gegen den Führersitz gekniet stand.

„Siebzehn!“ antwortete der, wurde rot und senkte die Augen.

„Du mußt ja wie der Teufel gelogen haben, um in diese beschissene Arme hereinzukommen.“ brummte die tiefe Stimme des Wagenführers, der sich gerade hinübergebeugt hatte, um eine Ladung Tabaksaft auszurohren. Der Führer zog ruckartig die Bremsen an. Die Eimer schlugen gegeneinander, der Junge schrie auf vor Schmerz.

„Führe deine Pferde ordentlich! Hast mir beinahe das Bein gebrochen!“

Der Wagenführer ließ eine ganze Kette Flüche los: „Verdammt noch 'mal! Diese rammbösen Volksgelöcher von französischen Bastarden! Was laufen die uns gerade in den Weg?“

„Wer sich hier sein Bein oder was anderes bricht, der kann nur froh sein. Glaubst du nicht auch, Karzetao?“ flüsterte der vierte Gefangene.

„Da muß einem mehr passieren, als ein Beinbruch, um aus dem Arbeitsbataillon hier rauszukommen, Hoggenbad. Nicht wahr, Wache?“ sagte Happy.

Das Lastauto holperte weiter und ließ einen Schwaden von Staub und Gestank hinter sich. Andrews bemerkte plötz-lich, daß sie die Bois am Fluß entlang fuhren. Notre Dame stieg hell im nebeligen Sonnenlicht auf. Er starrte lange hin-über. Wie ein Mann, der vom Boden einer tiefen Grube aus die Sterne ansieht.

„Mein Kamerad, der mußte nach Leavenworth auf fünf Jahre.“ sagte der Junge, nachdem sie lange Zeit geschwiegen und nur auf das Rattern der Eimer im Wagen gehört hatten.

„Der hat dir wohl geholfen, den Fordwagen stehlen?“ fragte Happy.

„Ach was, Ford! Der hat einen Lebensmittelzug ver-kauft. War Eisenbahner. Hat nur fünf Jahre bekommen, weil er von Beruf Steinmetz ist.“

„Fünf Jahre, das ist genug für jeden.“ murmelte Hoggen-bad mürrisch. Er war ein breitschultriger, dunkler Mann, der immer den Kopf beim Arbeiten senkte.

„Ich traf ihn in Paris; wir waren in der Olympia zu-sammen, mit einer verdammten netten Gesellschaft. Dort wur-den wir gefaßt und auf die Bastille gebracht. War einer von euch schon 'mal auf der Bastille?“

„Ach!“ sagte Hoggenbad.

„Das ist kein Spaß, was?“

„Jesus Christus!“ rief Hoggenbad aus. Sein Gesicht überzog sich mit einem wütenden Rot. Er wandte sich ab und sah auf die Zivilisten, die am frühen Morgen schnell durch die Straßen stritten, auf die Kellner in Hemdsärmeln, die die Cafeteria abwuschen, auf die Weiber, die Handwagen voll Gemüse über die Pflastersteine schoben.

(Fortsetzung folgt.)



bis zu 10 Milliarden nachsuchen. Hieron würde zunächst nur ein Teilbetrag zur Zeichnung aufgelegt werden. Die Auflegung ist für Monat Mai in Aussicht genommen. Der Zinsfuß soll den Reichsbankdiskontsatz nicht überschreiten. Die Tilgung der Anleihe wird in etwa 20 Jahren beendet sein. 40 Proz. dieses Anleihebetrages entfallen auf die zentralen Werke. Der Rest soll den Kammereinrichtungen dienen, besonders damit städtische Krankenhäuser und Schulbauten fertiggestellt werden können. Auf die Bezirksverwaltungen sollen 35 Proz. der Anleihe entfallen. Die endgültige Entscheidung der städtischen Behörden wird schon in den nächsten Tagen herbeigeführt.

## Zur Eröffnung der weltlichen Schule.

### Die Fahne der Republik — „Kinderrei“?

Drei große schwarzrotgoldene Fahnen wehten Dienstag früh über den mit Girlanden geschmückten Eingängen der Paradenstraße am Leopoldplatz. Die Eltern hatten es sich nicht nehmen lassen, die Pforten der nunmehr weltlichen Schule zu schmücken. Bereits am Montagabend hatten sich Eltern und Lehrer zu einer Eröffnungsfeier zusammengefunden. Der mit Tannengrün und den Fahnen der Republik geschmückte Festsaal konnte die Menge der Erschienenen nicht fassen. „Mit uns zieht die neue Zeit!“ sang's aus hellen Ambertönen. In einer Ansprache zeichnete der Schulleiter Genosse Kreuziger den Werdegang und die Aufgaben der neuen Schule, ihr Wesen und das Ziel, zu dem die Lehrer in gemeinsamer Arbeit mit den Eltern und nur unter Billigung aller Schritte durch die Eltern streben werden. Mit allem Nachdruck trat er irdigen Meinungen entgegen und betonte, daß die neue Schule keine Sammelstätte für Verwahrloste ist. Durch lebhaften Beifall wurde die Erklärung unterstrichen: „Wir lehnen es ab, eine Partei- und Parteischule zu sein.“ Jedes Dogma, das der Kirche wie das einer Partei, vergewaltigt den Geist des Kindes. Frei von aller Parteilichkeit und bekennend sich die Beherrschung rückhaltlos zur neuen Zeit.

Aus dem Geist der neuen Zeit heraus handelten auch die Eltern, als sie morgens, ehe sie zur Arbeit eilten, die Tore der Schule mit den schwarzrotgoldenen Fahnen schmückten. Wundern muß man sich, daß dies bei dem Vertreter der Behörde nicht ohne Erfolg blieb. Gegen Schulschließung der Kreislehrer Dr. Gottwald und äußerer lebhaft seinen Unmut über diese „Kinderrei“, wie er es nannte. Er befahl die sofortige Entziehung des Fahnen schmückens, und unter dem Glockengeläut der benachbarten Kirchen wurden die Fahnen der Republik herabgeholt, zu derselben Stunde, wo die höchsten Würdenträger von Staat und Reich unter denselben Farben sich versammelt hatten, um für Recht und Freiheit der deutschen Republik einzutreten. Pädagogische und schulverwaltungstechnische Gründe können den Kreislehrer Dr. Gottwald nicht zu seiner Stellungnahme veranlassen haben. — Sein Kollege, Kreislehrer Todenhagen, hat an zwei anderen weltlichen Schulen nichts gegen den Schmuck eingewendet. Er hat auch die Schulen mit einer kurzen Ansprache feierlich eröffnet. Das Verhalten des Kreislehrers Dr. Gottwald hat höchstes Befremden erregt. Man sollte ihm klar machen, daß die Fahne der Republik auch bei Schuleröffnungen keine „Kinderrei“ bedeutet.

## Aus der Arbeit des Wohnungsamts Wilmerdorf.

Ueber die Wohnungsaffäre des Bankdirektors Wolpe hat das von ihm angegriffene Wohnungsamt Wilmerdorf sich in einer den Zeitungen übermittelten Erklärung geäußert. In einer Besprechung mit Pressevertretern, die auf Wunsch des Wilmerdorfer Bürgermeisters Augustin gestern stattfand, gab Stadtrat Simm nochmals eine Darstellung des Falles Wolpe. Sie deckt sich mit jener ersten Erklärung, aus der im „Vorwärts“ (Nr. 161) bereits alles Wesentliche wiedergegeben wurde. In der Abwehr der Wolpeschen Beschuldigungen, durch die ein beim Wohnungsamt Wilmerdorf beschäftigter Sekretär jeder schwer verdächtigt wird, wiederholt das Wohnungsamt gegen Stadtrat Wolpe den Vorwurf, daß er selber durch eine schlimme Schreibung in den Besitz der Wohnung gelangt, die ihm jetzt vom Wohnungsamt durch Beschlagnahme wieder abgenommen werden soll. Die Behauptung, daß Wolpe als Tauschobjekt eine Wohnung benutzte, die in einem damals kaum erst aus der Erde herausragenden Neubau erst entstehen sollte, wird vom Wohnungsamt aufrechterhalten auch gegenüber einer bestreitenden Erwiderung, die die gerichtliche Untersuchung wird hoffentlich volles Licht bringen.

Bürgermeister Augustin und Stadtrat Simm gaben in der Pressekonferenz auch ein Bild der gesamten Arbeit des Wohnungsamts Wilmerdorf und schilderten die Schwierigkeiten, mit denen es zu kämpfen hat. Das Wohnungsamt ist Zielobjekt von Angriffen der Wohnungsuchenden, denen es noch keine Wohnungen verschaffen konnte, und derjenigen Wohnungsinhaber, denen die Wohnungszwangswirtschaft unangenehm wird. In Wilmerdorf hat das Wohnungsamt vom 1. November 1918 bis 31. März 1923 im ganzen 14807 Wohnungsuchende eingetragen, wovon bei Ablauf dieses Zeitraumes noch 9822 auf Wohnungszuweisung warteten. Noch rund 3000 stehen in der Dringlichkeitsliste, die seit Oktober 1919 geführt wird. Abgesehen von den allerdringlichsten Fällen, für die eine Erledigung außer der Reihe bewilligt wird (dazu gehören z. B. Gesuche von Vertriebenen), können jetzt erst die Eintragungen aus der ersten Hälfte von 1920 und der laufenden Hälfte aus 1919 berücksichtigt werden. Das sind trotz aller Ausflüchte für die Wartenden, aber das Wohnungsamt kann nicht geben, was es nicht hat. Durch Beschlagnahme und Abtretung wurde die Zahl der kleinen Wohnungen, nach denen ja auch in Wilmerdorf starke Nachfrage besteht, möglichst vermehrt. Eine Gruppierung der vom 1. Oktober 1920 bis 31. März 1923 zugewiesenen 2430 Wohnungen nach ihrer Größe ergibt 343 Wohnungen mit einem Zimmer, 742 mit zwei, 504 mit drei, 509 mit vier, 261 mit fünf, 124 mit sechs, 87 mit sieben, 64 mit acht Zimmern. Ueber die Wohnungsangewiesenen in dem ganzen Gebiet Groß-Berlin machte noch Direktor Wild vom Hauptwohnungsamt einige Mitteilungen. Gegenüber 208 000 eingetragenen Wohnungsuchern hatte man rund 35 000 bis 40 000 Wohnungen zu vergeben. Bei solchem Mißverhältnis zwischen Bedarf und Deckung ist ohne ausgiebige Neubautätigkeit keine Abhilfe möglich.

## Die Fahrt nach Griechenland.

Ein Berliner Millionendestaurant, der 24 Jahre alte Kontorist Billy Grieben, wurde in Swinemünde verhaftet. Der Beschäftigte war bei einer Grammophonfabrik in der Friedrichstadt beschäftigt. Er hatte seinen Freunden und Freundinnen schon vor längerer Zeit mitgeteilt, daß er in Griechenland wandern wolle, von denen er eine größere Summe erwartete. Sie schickten ihm, wie er sagte, das Geld, damit er zu ihnen nach Griechenland hinüberfahren könne. Der junge Mann beschaffte sich dann einen Ausreisepaß, und alle glaubten seinen Erzählungen.

Am Freitag voriger Woche bekam er die Gelegenheit zu einem großen, von ihm längst geplanten Beutezug. Die Fabrik sandte ihn mit einem Begleiter nach der Bank, um 7 Millionen abzugeben. Mit dem Geld in der Tasche verließ Grieben auf dem Rückwege seinen Begleiter und verschwand mit den Millionen. Abends veranstaltete er mit seinen Freunden und Freundinnen in einem Café in Moabit eine Abschiedsfeier, bei der der Sekt in Strömen floß; dann verschwand er. Die Kriminalpolizei ermittelte, daß er kürzlich in einem Hotel in der Urbanstraße Gepäck untergestellt hatte. Bei der Durchsuchung fand man noch 1 1/2 Millionen Mark. Sämtliche deutschen Hafenstädte wurden benachrichtigt. Eine Postkarte, die der Fischhändler an seine Geliebte geschickt hatte, wies nach der Diät. So gelang es, ihn

in einem Hotel in Swinemünde zu ermitteln. 1 1/2 Millionen hatte er noch bei sich, 8 Millionen wurden bei seiner Geliebten entdeckt und ebenfalls beschlagnahmt; 1 Million war bereits draufgegangen.

## Bajazzos Schicksal.

### Mitleid beim Staatsanwalt.

Auch in des Gauflers Brust schlägt ein Herz. — Dieses Lied aus der Oper „Bajazzo“ suchte der Künstler Schaffranik unter reichlichen Tränen durch die Enthüllung seiner traurigen Lebensschicksale vor der Strafkammer des Landgerichts II zu belegen.

Der Angeklagte, der sich wegen schweren Diebstahls in Strafverhütung nach Rückfälle zu verantworten hatte, begann im Kriege Fahnenflucht und hat sich dann in abenteuerlicher Weise durchs Leben geschlagen. Als Besitzer eines kleinen Kinotheaters lernte er eine Tänzerin kennen, die er heiratete. Schon in der ersten Woche der Ehe brannte die junge Ehefrau mit dem Kinosoperator des Angeklagten durch unter Mitnahme der heimlichen Barmittel. Unter heftigem Schlägen berichtete der Angeklagte weiter, daß er sich dann einem Wanderzirkus angeschlossen habe und hier als „Dummer August“ sein Leben gefristet habe. Seine Glanzspitze brachten ihm aber nur geringen Verdienst, so daß er in bittere Notlage geriet und sich zu zahlreichen Diebstählen und Verwundungen verleitete, wodurch er mehrfach in Konflikt mit den Strafgesetzen geriet. Schließlich legte er sich auch auf Heiratschwindeln. In einer kleinen märktischen Stadt lernte er ein junges Mädchen aus guter Familie kennen, dem er die Ehe versprach. Er wollte sie als Tänzerin ausbilden lassen, damit sie später als „Tanzstar“ an den bedeutendsten Varietés und Zirkusunternehmungen des In- und Auslandes auftreten könne. Das junge Mädchen fiel auf die lödenden Versprechungen herein und ließ sich von dem Angeklagten entführen, wobei sie alle Verlächer und besten Kleidungsstücke der Eltern mitnahm. Bald war aber der Erlös aus den Socken verdrückt, und nun schickte der Angeklagte das junge Mädchen mittellos zu ihren Eltern zurück. Bei zahlreichen Logiswirtinnen hatte der Angeklagte, bei denen er teils als Registratorbeamter auftrat, Diebstähle verübt und auch ganze Wohnungen ausgeräumt. Der Angeklagte war feinerzeit wegen all dieser Straftaten in Verbindung mit der Fahnenflucht von dem Kriegsgericht zu einer siebenjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden, gegen welches Urteil er Berufung eingelegt hatte. Die von dem Angeklagten vorgebrachten tragikomisch wirkenden Lebensschicksale vor Gericht machten sichtlich Eindruck, und selbst der Staatsanwalt beantragte die siebenjährige Gefängnisstrafe auf ein Jahr herabzusetzen, da der Angeklagte Besserung versprochen hatte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einem Jahr und einem Monat Gefängnis.

## Das Wirken der Wucherpolizei.

Im März 1923 sind bei der Abteilung W (Wucherabteilung) insgesamt 1928 Straffachen wegen Vergehen gegen wirtschaftliche Bestimmungen zur Bearbeitung gekommen. Hiervon wegen Höchstpreisüberschreitung, Preiswucher 1400, wegen nicht Auspreisung 223, wegen unerlaubten Handel 143, wegen sonstiger Vergehen gegen Ein- und Ausführbestimmungen, gegen Vorschriften über äußere Kennzeichnung von Waren und gegen Rationierungsbestimmungen 167 Fälle. An die Staatsanwaltschaften wurden 1586 Sachen abgegeben. Handelsverbote erfolgten 42, davon 37 wegen Wucher und Metallbehälter, der Rest wegen Unzuverlässigkeit von Geschäftswirten. In zwei Fällen wurde die Polizeistunde herabgesetzt, in zwei Fällen sind Schankwirtschaften geschlossen worden. Sämtliche Maßnahmen gegen Schankwirte wurden wegen wiederholter Polizeistundenübertretung, Veranstaltung von verbotenen Nacht- und Revuebetrieben mit Schießern und Spannern und Forderung von Wucherpreisen für Speisen und Getränke getroffen.

## Eine Rabensteinerin aus Wien.

Ein Scheckdiebstahl, dem die Opernsängerin Masalda Salbatini zum Opfer gefallen ist, gelangte vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zur Verhandlung. Die Anklage richtete sich gegen eine kleine, feine Wienerin namens Rabensteiner. Frau Salbatini war in der Oper eine Handtasche mit einem Scheck über 100000 M. entwendet worden. Da der Diebstahl rechtzeitig bemerkt worden war, konnte der Scheck nach gesperrt werden und Frau Rabensteiner wurde auf der Bank festgenommen, als sie den gestohlenen Scheck einlösen wollte. Vor Gericht erzählte die Rabensteiner eine merkwürdige Geschichte, die freilich ein wenig unwahrscheinlich klang. Am Bahnhof Alexanderplatz wollte sie eine vornehme Unbekannte kennen gelernt haben, die Frau R. gebeten habe, ihr auf einen Scheck über 100000 vorläufig 50000 M. zu leihen. Den Rest wollte sie die Fremde am nächsten Tage von der Rabensteiner aus dem Hotel abholen. „Also Scham's“, erklärte sie im treuerzigsten Weanerrisch, „ich bin ihr ja selbst aufzulesen der Wurzen.“ Und dann erzählte sie sehr ausführlich, daß die Fremde, die offenbar eine internationale Hochkaplerin gemeint sei, sie, die Angeklagte, um 50000 M. geprellt habe. Der Staatsanwalt hielt die ganze Erzählung für unglaubwürdig und beantragte drei Monate Gefängnis. Der Verteidiger war der Meinung, daß seine Klientin tatsächlich selbst das Opfer einer Gaunerin geworden sei. Auch das Gericht hielt die Schuld der Angeklagten nicht für voll erwiesen und sprach sie deshalb frei.

## Die billige Elektrizitätsquelle.

Durch einen Zufall ist man Diebstählen von ganz ungeheuerlichem Ausmaße auf die Spur gekommen, was eine Verhandlung gegen den Elektromonteur Franz Ciseleki vor dem Schöffengericht Wedding ergab. In dem Hause, in dem Ciseleki wohnte, war der Verdacht entstanden, daß dort unberechtigt Strom entnommen werde. Bei der Revision fanden die Beamten sämtliche Kellerräume ab und stießen dabei auf einen fest verschlossenen Keller, zu dem sich niemand im Hause als Eigentümer bekennen wollte. Nur mit Mühe gelang es festzustellen, daß der Angeklagte diesen Keller benutzte. Nach der gewaltsamen Öffnung der festen Tür und Schloßes ergab sich das überraschende Resultat, daß ein großes Warenlager von elektrischen Lampen, Drähten und anderem Zubehör für Elektrizitätsanlagen darin lagerten. Der Wert dieses Lagers wurde auf 6 bis 10 Millionen Mark geschätzt. Es stellte sich heraus, daß diese Vorräte aus den Fabriken von Borjig in Tegele und der AEG. stammten, bei denen Ciseleki längere Zeit beschäftigt gewesen war. Der Angeklagte behauptete, daß er diese Sachwerte zu einer Zeit, als sie noch niedrig im Preise standen, aufgekauft habe, um später selbst ein Geschäft damit anzufangen. Es wurde aber durch die Beweisaufnahme festgestellt, daß zahlreiche Gegenstände von den beteiligten Firmen gar nicht in den Handel gebracht worden waren, es ergab sich sogar, daß verschiedene Lampen den Stempeldruck „gestohlen bei Borjig“ trugen, da sie nur für den eigenen Bedarf der Firma bestimmt waren. — Der Staatsanwalt hielt die Schuld des Angeklagten in vollem Umfang erwiesen und beantragte ein Jahr Gefängnis. A.-V. Schmidt trat für eine mildere Strafe ein. Das Gericht verurteilte Ciseleki zu 9 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 6 Wochen Unterbringungshaft.

Wegen eines Dachstuhlbrandes wurde die Berliner Feuerwehr am Mittwoch mittag nach der Potsdamer Straße 12, nahe der Anststraße, gerufen. Menschenleben befanden sich angeblich in Gefahr. Als die 3. Kompanie an der Brandstelle ankam, rief ein Fräulein aus einem Fenster des zweiten Stockwerks laut um Hilfe. Obwohl die Feuerwehr ihr zurief, nicht zu springen, hörte sie nicht darauf, sondern sprang in das von der Feuerwehr ausgehaltene Sprungnetz, wobei sie sich die Hüfte verstauchte. Gleich darauf er-

schienen Feuerwehrlente, um das Mädchen in Sicherheit zu bringen, am Fenster. Eine Lebensgefahr war nicht vorhanden. Mit mehreren Schlauchleitungen gelang es in verhältnismäßig kurzer Zeit, die Flammen auf den Herd zu beschränken. Der Schaden ist erheblich, soll nur zum Teil durch Versicherung gedeckt sein. Die Entstehung wird auf Fahrlässigkeit zurückgeführt.

Das Jugendamt in Pankow bleibt bis auf weiteres wegen Renovierung geschlossen. Wiedereröffnung wird bekanntgegeben.

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Elternbeiträge. 12. Kreis. Freitag, den 13. April, abends 7 1/2 Uhr, im Gymnasium, Heerstraße, im Klassenzimmer, Vortrag des Genossen Dr. Stiefen-Essen über das Thema: „Freie Schule und Religion“.

Rechtsbildungsausschuss Groß-Berlin. Heute abend 7 1/2 Uhr in der Sophienstraße, Weinmeisterstraße 16/17, findet der zweite Abend des Sozialwissenschaftlichen Seminars des Genossen Etich statt. — Dienstag, den 1. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in der Wohlharmonie-Restaurant, die Krante-Sinfonie von P. v. Beethoven. Karten zum Preise von 1000 M. pro Stück im Bureau des Rechtsbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Tr., Zimmer 8, im Landratsamtsgebäude, Sophienstraße 23, und bei den Bildungsausschüßmitgliedern der Abteilungen.

Arbeitsgemeinschaft „Z 17“ der Volkshochschule. Die Arbeitsgemeinschaft beginnt erst am 20. April, abends 7 1/2 Uhr, im Französischen Gymnasium, Reichstagsufer.

Anfängerkurse in Englisch und Französisch. Im Laufe der nächsten Woche beginnen neue Anfängerkurse in Englisch und Französisch für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in der Sprachschule für Proletarier. Ebenfalls soll auf Wunsch ein Kursus in Deutsch eingerichtet werden. Anmeldungen am Freitag, den 13. April, und Sonnabend, den 14. April, von 8-9 Uhr abends, in der 62. Gemeindeschule, Winterfeldstr. 15 (nahe Bärenstraße und Rosenberglplatz). Sprachschule für Proletarier.

Im Proletarischen Kulturkartell des Bezirks Wedding (nicht aber das Reichsjugendwohlfahrtsreich Genosse Eduard Schneider) am Donnerstag, den 12. April, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saal des Jugendheim, Schönleberstr. 1, V. Stad. (am Trammengraben). Eintritt beträgt 100 M., für arbeitslose Genossen mit Ausweis frei.

Ein Mordanschlag in Rughaven. Aus Rughaven wird gemeldet, daß ein junger Mann aus dem Juwelier Wöbber in der Deichstraße, während er sich verschiedene Sachen zum Verkauf vorlegen ließ, einen Schuß abgab, der diesen in den Kopf ging. In dem gleichen Augenblick ging der Bachmeister Nowak am Hause vorbei, der den Mann nach heftiger Gegenwehr übermächtig und zur Wache bringen konnte. Wöbber ist schwer verletzt. Der Verhaftete erklärte bei seiner Vernehmung, daß er sich selbst erschießen wollte und den Juwelier nur aus Versehen getroffen habe.

Explosionsunglück in Odessa. Nach Meldungen aus Konstantinopel (und in Odessa vor einigen Tagen eine große Explosion in einem Munitionslager statt. Es werden 14 Tote und 10 Vermundete gemeldet. Die Ursache ist offiziell nicht festgestellt, doch wird allgemein angenommen, daß eine böse Absicht vorliegt.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

2. Kreis. Biergarten. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde! Donnerstag, den 11. April, 3 Uhr, bei schönem Wetter Treffpunkt im Kleinen Biergarten (Kaiserhof). — Freitag, den 13. April, 7 Uhr, findet bei Adolf Schubert Str. 19, eine engere Kreisvorstandssitzung statt. Alle Mitglieder des engeren Verbandes müssen erscheinen.
6. Kreis. Kreuzberg. Freitag, den 13. April, 8 Uhr, Sitzung der Zeitungskommission in der juristischen Sprachschule, Lindenstr. 3, Die 44., 45., 46., 47. und 48. Abteilung haben Vorträge zu entwerfen.
14. Kreis. Kreuzberg. Freitag, den 13. April, 7 Uhr, Sitzung des engsten Kreisvorstandes im Parteibureau.
17. Kreis. Kreuzberg. Freitag, den 13. April, 7 1/2 Uhr, Sitzung des engsten Kreisvorstandes über Abteilungen bei Hirsch, Föhrenstr. 10, Bismarckstraße. Vorkauf der Werbearbeit.

### Heute, Donnerstag, den 12. April:

112. Abt. Rahnsdorf. Unter aller Genossen Wilhelm Moos begeht heute seinen 70. Geburtstag. Die Genossen der Abteilung haben an ihm trotz seines hohen Alters noch heute einen der eifrigsten Funktionäre.
145. Abt. Reichshagen. 3 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im „Kriegsdrücker“, Alexanderstr. 77a. Tagesordnung: 1. Deutschlands Wirtschaftslage und der Banknotenumlauf; 2. Bericht über den Jangjialisten. Gruppe Eiden. 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Bismarckstr. 61. Thema: „Die Volkseigenen Kogung.“ Ref.: Gen. Spengler.

### Morgen, Freitag, den 13. April:

21. Abt. 7 1/2 Uhr bei Rosa, Friedrichstr. 13, wichtige Sitzung aller mit kommunalen Funktionen betrauten Genossen. Tagesordnung: „Der Aufbau der kommunalen Kommissionen.“
23. Abt. 7 1/2 Uhr Sitzung der kommunalen Kommission bei Oranienau, Ammerstr. 19.
24. Abt. 7 1/2 Uhr Zusammenkunft sämtlicher Pleterrieds bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36, wichtige Tagesordnung. Mitgliederabend legitimiert.
25. Abteilung. Steglitz. 7 1/2 Uhr Sitzung der Legationskommission beim Gen. Schulz, Eidenberg, Brandenburgerische Straße 5.
101. Abt. Kreuzberg, ab 102. Abt., Baumgartenweg. Bildungsanstalt: 18. Durchführung wissenschaftlicher Filme in der Treptower Circusarena. 6 1/2 bis 8 1/2 Uhr. Programm: „Unsere Kinder — unsere Zukunft.“ Fortsetzung des „Wandererjünglers.“ „Im Flussum zum Mond.“ „Ein und das Tierer (Schersfilm).“ Eintrittskarten zu beiden Vorstellungen 200 M. und 300 M. an der Kasse. Eintritt für Kinder 100 M.

## Ortsvereine der BSPD. im Regierungsbezirk Potsdam.

Die notwendigen Referenzen zur Maffier sind bis zum 15. April im Parteibureau in Potsdam, Potsdamer Str. 48 (Tel.: 59, 1336) anzufordern. Ort, Zeit und Inhalt der Parteiveranstaltung ist ebenfalls genau und rechtzeitig mitzuteilen.

## Jugendveranstaltungen.

Wichtigste Veranstaltungen: Die Verhandlungen des Verbandes müssen unbedingt dem Jugendreferent nach vor der Vorstands-Konferenz mitgeteilt werden. — Am Sonnabend, den 14. April, abends 7 Uhr, findet im Jugendheim Lindenstr. 3 die Vorstands-Konferenz statt. Alle Abteilungen müssen vertreten sein. Zutritt haben nur die neugewählten und beauftragten Jugendlichen. Vertretungen werden nicht zugelassen.

### Heute, Donnerstag, den 12. April:

- Reichsausschuss. Jugendheim Kreuzberg, 15. Vortrag: „Was ist Bildung.“ — Berlin 1. Jugendheim Alexanderstr. 61. Generalversammlung. — Genesfelder Viertel, Jugendheim Bismarckstr. 10, Oberberger Straße. Generalversammlung. — Eidenberg, Jugendheim Lindenstr. 6. Vortrag: „Jugend und Partei.“ — Wedding, Einfahrtsgang für die Schulmädchen, bestehend aus Rudolf, Hauptplatz, Gefang. Feststellungen. Eintritt frei.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verband Volkseigenheit. Vortrag des Gen. Dr. C. Hofer: „Die gegenwärtigen Bedingungen in der Volkseigenheit.“ Alle Vorträge mit anschließender Diskussion finden jeden Donnerstag in der Schule Niederwallstr. 12, abends 7 1/2 Uhr statt. Gäste willkommen.

Verein der Stadtmaler zu Berlin. Am Donnerstag, den 12. d. M., 8 Uhr, in der Oberbaumbrücke im Totel „Zur Sonnenwahr.“

Sitzung Kreisrat. Am Freitag, den 13. April, 8 Uhr, im Courbureau, Berlin SO. 35, Köpenicker Str. 46, Oberbürgermeister der Arbeiterbildungsvereine des Internationalen Bundes der Arbeitervereine. Erörterung sämtlicher Schwerbeschäftigten-Sachen erstverbreitlich. Die Veranstaltung.

Vereinigung für Schul- und Erziehungsfragen, Berlin-Treptow. Freitag, den 13. April, 7 1/2 Uhr, „Die Bedeutung der Volkseigenheit“ (Herr Kreisrat Dr. Hofer). — Freitag, den 14. April, 7 1/2 Uhr, „Rind und Weidewirtschaft“ (Herr Genosse Wöbber). — Freitag, den 15. April, 7 1/2 Uhr, „Die Bedeutung der Volkseigenheit“ (Herr Kreisrat Dr. Hofer). — Freitag, den 16. April, 7 1/2 Uhr, „Die Bedeutung der Volkseigenheit“ (Herr Kreisrat Dr. Hofer). — Freitag, den 17. April, 7 1/2 Uhr, „Die Bedeutung der Volkseigenheit“ (Herr Kreisrat Dr. Hofer). — Freitag, den 18. April, 7 1/2 Uhr, „Die Bedeutung der Volkseigenheit“ (Herr Kreisrat Dr. Hofer). — Freitag, den 19. April, 7 1/2 Uhr, „Die Bedeutung der Volkseigenheit“ (Herr Kreisrat Dr. Hofer). — Freitag, den 20. April, 7 1/2 Uhr, „Die Bedeutung der Volkseigenheit“ (Herr Kreisrat Dr. Hofer). — Freitag, den 21. April, 7 1/2 Uhr, „Die Bedeutung der Volkseigenheit“ (Herr Kreisrat Dr. Hofer). — Freitag, den 22. April, 7 1/2 Uhr, „Die Bedeutung der Volkseigenheit“ (Herr Kreisrat Dr. Hofer). — Freitag, den 23. April, 7 1/2 Uhr, „Die Bedeutung der Volkseigenheit“ (Herr Kreisrat Dr. Hofer). — Freitag, den 24. April, 7 1/2 Uhr, „Die Bedeutung der Volkseigenheit“ (Herr Kreisrat Dr. Hofer). — Freitag, den 25. April, 7 1/2 Uhr, „Die Bedeutung der Volkseigenheit“ (Herr Kreisrat Dr. Hofer). — Freitag, den 26. April, 7 1/2 Uhr, „Die Bedeutung der Volkseigenheit“ (Herr Kreisrat Dr. Hofer). — Freitag, den 27. April, 7 1/2 Uhr, „Die Bedeutung der Volkseigenheit“ (Herr Kreisrat Dr. Hofer). — Freitag, den 28. April, 7 1/2 Uhr, „Die Bedeutung der Volkseigenheit“ (Herr Kreisrat Dr. Hofer). — Freitag, den 29. April, 7 1/2 Uhr, „Die Bedeutung der Volkseigenheit“ (Herr Kreisrat Dr. Hofer). — Freitag, den 30. April, 7 1/2 Uhr, „Die Bedeutung der Volkseigenheit“ (Herr Kreisrat Dr. Hofer).

## Briefkasten der Redaktion.

S. P. 51. Postkasten für eine ähnliche Verbindung; dem Christenfreund.

Weiter bis Freitag mittag. Hiernach warm, im Osten noch viel nach drüben, weiter im Westen meist härter demütigt, aber keine erheblichen Niederschläge.



# Der Reichstag gegen die Gewalt.

Eine Ansprache des Präsidenten Löbe.

Der Reichstag trat gestern zum ersten Male nach den Osterferien zusammen. Präsident Löbe eröffnete die Sitzung mit folgender Ansprache: Meine Damen und Herren! Seit wir zu unserer kurzen Osterpause auseinandergegangen, haben sich im Einbruchgebiet an der Ruhr eine Reihe neuer Uebergriffe gegen Abgeordnete des Reichstages ereignet. Die Quälereien und Bluttaten gegen die Einwohner des Ruhrgebietes sind ins Maßlose gesteigert worden. Der Reichstanzler hat unserer Trauer und unserem Mitleid nicht an dieser Stelle in Worten Ausdruck gegeben, die im ganzen Volke den tiefsten Widerhall gefunden haben. Seitdem hat das französische Militär sich neue Gewalttaten zuschulden kommen lassen, ja man hat sich nicht gescheut, Hand an Abgeordnete und Regierungsoffiziere zu legen, die kein anderes Ziel hatten, als den Geistern des letzten März die letzte Ehre zu erweisen. (Wies sich die Vitrine.) Ich will nicht sprechen von der Würdelosigkeit dieses Handelns, nicht von den Entwürdigungen, welche dabei unseren Kollegen widerfahren sind; es scheint fast, als ob der Bedrücker durch Demütigungen und Mißhandlungen unser Volk zur Verzweiflung treiben wollte. Aber zur Verzweiflung werden wir nicht bringen, sie werden es dazu bringen, daß unser Widerstand sich hart wird (Läch. Bravo rechts.) und daß der ganzen Welt ein Licht angezündet wird, wie tief eine Nation von Mächthabern erniedrigt werden kann, die sich einst rühmte, an der Spitze der Zivilisation zu marschieren. Auf der Schleiße eines der gestern in Essen niedergelegten Kränze war zu lesen: „Sie mordeten den Geist nicht, ihr Brüder!“ Sie mordeten den Geist nicht, ihr Brüder, das rufen wir jeden Tag unseren Landsleuten an der Ruhr zu, und das Wort wird bestehen bleiben, bis die Befreiungstunde schlägt. (Beifall, allseitiger Beifall.)

Von der Ernennung des bisherigen Reichschatzministers Albert zum Reichsminister für Wehrangelegenheiten wird Mitteilung gemacht. Ein Erlaß um Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Thomas (Komm.) wegen Vergehens gegen § 6 des Gesetzes zum Schutz der Republik geht an den Geschäftsordnungsausschuß. In allen drei Besungen wird der Gesetzentwurf, der die Herstellung und das Festhalten von Arbeitsstellen, ohne Erörterung unverändert angenommen. Ebenfalls in allen drei Besungen genehmigt das Haus das Abkommen zwischen Deutschland und Dänemark zur Regelung des Luftverkehrs. Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über ein vorläufiges Handelsabkommen zwischen Deutschland und Spanien. Das Haus verweist den Entwurf nach kurzer Debatte an den Auswärtigen Ausschuß.

Der Entwurf eines Geldstrafen-Gesetzes (Erhöhung der Geldstrafen entsprechend der Geldwertung), und der Entwurf über Erhöhung der Dienstgeldstrafen werden an den Rechtsausschuß überwiesen.

Der Gesetzentwurf, betreffend das Washingtoner Uebereinkommen vom 28. November 1919 über die Arbeitslosigkeit und eine Einrichung, betreffend die Washingtoner Vorschläge über Arbeitslosigkeit, Gegenseitigkeit in Behandlung fremdländischer Arbeiter, Verhütung des Mißbrauchs, Schutz der Frauen und Jugendlichen gegen Vergiftung usw., werden, ebenso wie der Gesetzentwurf, betreffend die Genueßer Uebereinkommen über Mindestlöhne für Zulassung der Kinder zur Arbeit auf See usw., und das Uebereinkommen, betreffend Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft, sowie endlich auch die Genueßer Vorschläge über Arbeitszeit in der Fischerei und Binnenschifffahrt, ohne Erörterung dem Sozialpolitischen Ausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Abg. Schulz (Bromberg (Dnct.)) regt an, die Interpellation über Auflösung der deutschösterreichischen Freiheitspartei möglichst bald auf die Tagesordnung zu setzen.

Präsident Löbe bemerkt, daß dies geschehen könne, sobald die Geschäftsordnungsmäßige Frist für die Beantwortung der Interpellation abgelaufen sei.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr: Die Etats des Ernährungsministeriums und des Verkehrsministeriums. Schluß 4 Uhr.

## Das Programm des Reichstages.

In der kommenden Woche wird vom Reichstag der Etat des Auswärtigen Amtes beraten werden. Dem Etat des Auswärtigen Amtes folgt der des Reichswirtschaftsministeriums. Daran schließt sich die Besprechung über das Verbot der deutschösterreichischen Freiheitspartei in Preußen und anderen Ländern. Der Rest der gegenwärtigen Tagung des Reichstages wird mit der Beratung einer ganzen Reihe wichtiger Gesetzentwürfe ausgefüllt sein. Zur ersten Beratung gelangen u. a. die Gesetzentwürfe zur Anpassung des Strafrechtbuches an das Verfassungsrecht und über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung. Für die zweite Beratung sind u. a. vorgesehen das Mieterschutzgesetz und das Gesetz über die Bestrafung gewalttätiger Störungen von Versammlungen. In den Ausschüssen werden neben einem Teil des Reichshaushaltplans für 1923 u. a. noch die Gesetzentwürfe über den Verkehr mit unedlen Metallen, Edelsteinen und Perlen, über die Änderung der Reichsoberverwaltungsordnung, die Schlichtungsordnung, das Reichsappellationsgesetz, das Heimarbeiterlohngesetz, das Landessteuergesetz, das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, das Disziplinargesetz für die Wehrmacht und das Reichsschulgesetz bearbeitet. Unter den 27 vorliegenden Initiativanträgen befindet sich der zur Einführung eines deutschen Nationalfeiertages.

## Die preussische Schulverwaltung.

Kritik und Wünsche im Landtagandausschuß.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages beriet am Mittwoch die Etatmittel für höhere Schulen und Provinzialhochschulen. Die Kosten für diese Schulen betragen 1867 Millionen Mark. Das ist eine Steigerung gegen das Vorjahr um das 10fache.

Am allgemeinen trugen die bürgerlichen Parteien eine lange Reihe von Wünschen zu höheren Gehaltszulagen von Oberschulräten und Schuldirektoren und eine Vermehrung der Zahl nach vor. Sehr bezeichnend war die Klage eines Vertreters der Volkspartei, daß Oberschulräte häufig den Geheimratsstypus in nicht annehmbarer Form darstellten und kein Verständnis für die pädagogischen Probleme und Notwendigkeiten der Zeit besäßen. Der

selbe Redner wendet sich auch gegen die in Provinzialhochschulen noch heute übliche Geheimnisträmerie.

Die Genossin Wegscheider hatte schon als Berichterstatterin für die Provinzialhochschulen darauf hingewiesen, daß diese alten Verwaltungsstellen fast allgemein den neuen Aufgaben der Schulen nicht mehr gewachsen seien.

Wenn von volksparteilicher Seite dann noch betont wurde, daß denken und arbeiten zu lernen die Hauptaufgabe der Schule sei, so sollten sie doch mehr Entgegenkommen gegenüber dem sozialdemokratischen Schulprogramm zeigen. Dann würde schon die höchste Selbständigkeit der einzelnen zu erzielen auch möglich sein.

Die Genossin Wegscheider zeigte das auf, indem sie darauf hinwies, daß die geplanten und durchgeführten Reformen alle verspätet seien. Zeitgemäß sei es nur noch, die ganze Schule auf neuen Grund zu stellen. Einzelreformen nähren so wenig wie Sparerlasse.

Gegenüber einer Reihe von Wünschen betonte der Minister, daß man Oberklassen an höheren Schulen bei einer Schülerzahl von vielleicht 15 bis 20 nicht teilen könne, während doch in Landschulen nicht selten 70 bis 90 Kinder in einer Klasse sitzen. Die Sparpolitik wende sich auch nicht gegen die höheren Schulen. (1)

Von sozialdemokratischer Seite war hervorgehoben worden, daß eine höhere Schule mit nur einer fremden Sprache eine dringende Notwendigkeit sei im Hinblick auf die praktischen Berufe. Dann sei doch auch das Studium fremder Sprachen nicht der beste Weg zur Bildung. Bei der Gründung von Aufbauschulen scheinen die Philologen Hindernisse aufzurichten. Das bedeutet neue Hindernisse für die bessere Bildung des Volkes. Gegenüber den Berechtigungswünschen sagte ein Regierungsvertreter sehr zutreffend, daß z. B. die mittlere Reife nicht von der Unterrichtsverwaltung geregelt, gehemmt oder gefördert werde, sondern sich dabei den Anforderungen des praktischen Lebens füge. Gegenüber kommunistischen Klagen über Schullehrbücher nationalisierter Art wurde vom Regierungsvertreter erklärt, daß die Einführung neuer Lehrbücher sehr schwierig sei, weil keine vorhanden sind.

Die deutsch-nationale Rednerin plädiert für vermehrten weiblichen Einfluß in der höheren Mädchenschule und sagt — man denke nur — über erzieherische Mißgriffe ungsgerichteter Lehrerinnen. Besonders ein Fall in Neudöhlen habe es ihr arg getan. Dort habe eine Lehrerin ein Buch nicht genügend verwahrt, aus dem dann Schülerinnen ein erotisches Gedicht lasen. Frau Abgeordnete Lehmann ist der Ansicht, daß es dafür nur eine Sühne geben könne, nämlich Dienstentlassung.

Genosse Haenisch bringt nochmals den Fall Spring-Rubbe zur Sprache und fordert seine Erledigung im Geiste der Menschlichkeit. Die Regierung sichert das in vollem Umfange zu.

Zu Beginn der Sitzung beschwerte sich der Abgeordnete Kiedel vom Zentrum über die Feststellungen im geistlichen Bericht, daß er die Besetzung eines Schulverwaltungspostens mit einem Sozialdemokraten durch Drohung mit heftigen Separationsbestrebungen verhindern wolle. Das habe er nicht gesagt, sondern nur darauf hingewiesen, daß dadurch die Groß-Hessen-Bewegung gestärkt würde. Wer steckt nun wohl hinter dieser reaktionären Groß-Hessen-Bewegung?

## J.P.

Von Adele Schreiber.

Die Jahresversammlung unserer englischen Bruderpartei bot ein übersichtliches, festes Bild vom Leben und von den Strömungen der Englischen Independent Labour Party. Die J.P. ist nicht gleichbedeutend mit unserer „unabhängigen“, erfahrungsgemäß steht wieder mit der alten Partei verschmolzenen, Sozialdemokratie. Sie ist eine Gruppe innerhalb der Gesamtpartei (keine Gegnerpartei), sie ist auch eine Gruppe innerhalb der parlamentarischen Fraktion, jedoch unter gemeinsamer Leitung von Angehörigen beider Arbeiterparteien, und bekennt sich des gemeinsamen täglichen Parteiprogramms „Daily Herald“. Da sie nicht ein später abgesplitteter Teil, sondern die zuerst vorhandene gewesene ursprüngliche Parteiorganisation darstellt, konnte sie diesmal ihre einunddreißigste Jahresversammlung abhalten, auf der immer wieder betont wurde, daß die J.P. es als Hauptaufgabe betrachtet, innerhalb der Partei vorwärtstreibend und befruchtend zu wirken, neben den ökonomischen und materiellen Fragen den internationalen Geist, den geistigen Gehalt des Sozialismus zur Geltung zu bringen.

Auf solchen Grundlagen ruhend, läßt die J.P. eine starke Anziehungskraft auf alle Kreise, auch auf die der geistigen Arbeiter aus. Sie ist in besonderer Weise die Trägerin des pazifistischen Ideals in England. In ihren Reihen und in ihrem Vorstand sehen wir neben den alten bei uns wohlbekannten Kämpfern wie Ramsay MacDonald, Cignes, Smiley Vertreter jener Jugend, die während des Krieges als Kriegsdienstverweigerer lange Gefängnisstrafen verbüßten. Zu ihnen zählen sowohl der eben nach dreijähriger Tätigkeit abgetretene Vorsitzende W. Head, wie sein Nachfolger, der bisherige Schatzmeister Clifford Allen und der Organisationssekretär Fenner Brockway. Gerade der passiohehlennmütige Widerstand der Ruhrpöflerung findet somit in der J.P. lebhaftige Bewunderung. Die Partei wirkt, getragen von ihrer Ablehnung des Militarismus, ihr ganzes Gewicht in die Waagschale, um eine Verurteilung der französischen Gewaltpolitik, eine Revision des unmöglichen Friedensdikates, eine Streichung aller Reparationsverpflichtungen, soweit sie nicht lediglich dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete betreffen, die Gründung eines wirklichen Bundes freier Völker an Stelle der heutigen Karrikatur eines Völkerbundes herbeizuführen.

Zu all diesen Punkten wurden einstimmig oder fast einstimmig Resolutionen angenommen; dem gleichen antimilitaristischen Geist entsprang auch die noch lebhaftere Debatte zur Annahme gelangte Resolution, die eine Zurückziehung der englischen Besatzung aus dem Rheinland verlangt. Die Abneigung, England an militärischen Handlungen teilnehmen zu lassen, war härter als die auch von unserem Delegierten Genossen Crispian gestützten Argumente, daß, solange nicht alle Truppen zurückgezogen würden, gerade die englische Besetzung als das kleinste Übel, als ein gewisser Schutz gegen die schlimmsten Auswüchse des französischen Militarismus empfunden wird.

Eine Resolution, die eine einheitliche sozialdemokratische Internationale auf Grund der zweiten und der Wiener Internationale verlangt, löste eine stundenlange Auseinandersetzung über die Mos-

kauer Internationale aus, führte aber schließlich zu offizier Ablehnung der Moskauer Diktatur. Die sozialdemokratische Parlamentsfraktion die unter Vorsitz von Ramsay MacDonald zum erstenmal dem letzten großen Wahlsieg über die Tätigkeit von 152 Abgeordneten, hieron etwa zur Hälfte der J.P. angehörig, berichten konnte, hat als Oppositionspartei schon in den wenigen Monaten ihrer Arbeit zu allen bedeutenden wirtschaftlichen Angelegenheiten, Arbeitslosigkeit, Lohnfrage, Wohnungsfrage, wie auch zu den großen politischen Fragen der Innenpolitik, der Ruhrbesetzung, der Reparationsfrage, energisch Stellung genommen. Sie war seit ihrem Einzug ins Parlament dort die Stimme des Bewusstseins, der Gerechtigkeit und der Freiheit. Ohne Ueberhöhung konnte W. Head feststellen, daß niemals vorher eine englische Oppositionspartei so große Bedeutung besessen, mit so viel Schärfe ihr Amt ausgeübt habe, daß sie im House of Commons wie außerhalb desselben der Brennpunkt für das gesamte politische Leben Englands geworden ist.

Dieses Ziel hat unsere englische Bruderpartei erreicht als Erfolg unermüdlicher Arbeit im großen und kleinen. Aus den Berichten war zu erkennen, wieviel Hingebung organisatorisch und propagandistisch eingesetzt wurde — nur so war es möglich, die bei den letzten Wahlen abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen seit 1918 auf mehr als das Doppelte zu erhöhen. Auch die sozialdemokratische Presse, die für ihr bedeutendstes Tagesorgan „Daily Herald“ in Hamilton Fife, and für ihre verbreitetste Wochenchrift „The New Leader“ in Mr. Brailsford Männer von hervorragender Befähigung und literarischen Namen gewonnen hat, wächst an Einfluß, Ansehen und Verbreitung. Sie wird ergänzt durch eine ebenso wertvolle wie rege Publizität in Broschüren und Flugblättern, die Lehren und Geist des Sozialismus in immer weitere Kreise tragen; eine Vermehrung der Ortsvereine der J.P. auf über 600 kennzeichnet die organisatorischen Fortschritte.

So herrschte trotz der für ganz Europa trostigen Stunde, in der diese Konferenz tagte, dennoch eine gehobene, zuverlässige Stimmung. Es wird bei uns meist ziemlich gedankenlos von „falschen“ Engländern gesprochen — wer den Engländer im politischen und öffentlichen Leben kennt, weiß, daß es kaum ein Land gibt, wo so viel Begeisterungsfähigkeit des Publikums zu finden ist, wo die Hörerschaft so intensiv und beweglich die Redner miterlebt. Dies zeigte sich in vollem Maße auch auf dieser Tagung, ganz besonders in der öffentlichen Versammlung in der Queens-Hall, wo es zu wahren Beifallsstürmen kam, als der französische Delegierte Jean Longuet und der deutsche Vertreter Crispian mit langem Händedruck die Gemeinschaft französischer und deutscher Sozialdemokraten, das Einsehen für die gleichen Ideale, die Unzerbrechbarkeit dieser Freundschaft Gleichgestimmter, allen Sünden des Militarismus zum Trost, besiegelten.

Als Ramsay MacDonald verkündete, daß die eben heimgekehrte englische Delegation der J.P. durch Verhandlungen mit französischen, belgischen und deutschen Sozialdemokraten Fäden angeknüpft habe, um eine Brücke zwischen den Regierungen zu schlagen, erreichten die Kundgebungen ihren Höhepunkt. Wir Deutsche sahen trotz all der neuen Provokationen französischer Militär, trotz der eben bekanntgewordenen Missetat von Essen, einen Hoffnungsschimmer aufleuchten aus unserem festen Glauben an die Mission des Sozialismus. In dieser Hoffnung ist das Wirken der englischen Sozialdemokratie einer der stärksten Aktiosten; hier wirkt eine Kraft, die nicht ruhen wird, ehe ein besseres Europa geschaffen ist.

## Wirtschaft

Der große Schuldentopf.

Sechs Siebentel der Ausgaben des Deutschen Reiches im letzten Rechnungsjahr sind durch die Aufnahme schwebender Schulden bestritten worden. Wie aus dem Ausweis über die Geldbewegung bei der Reichshauptkasse Ende März hervorgeht, ist die Summe der schwebenden Schulden auf 6,6 Billionen angewachsen. Allein die letzte Defizite des Monats März brachte eine Steigerung der Schuldentopf um 800 Milliarden oder 0,8 Billionen.

Im Rechnungsjahr, das jetzt am 31. März zu Ende gegangen ist, beliefen sich die Einzahlungen bei der Reichshauptkasse auf 7,63 Billionen Mark, wovon allerdings allein 6,329 Billionen auf die schwebende Schuld entfallen, während aus den Steuern, Zöllen und sonstigen Zweigen der Reichsfinanzverwaltung nur 1,233 Billionen eingingen und aus der Zwangsanleihe nur 12,75 Milliarden Mark.

Ausgezahlt hat die Reichshauptkasse in der Zeit vom 1. April 1922 bis 31. März 1923 u. a. folgende Posten: für Zahlungsverpflichtungen aus dem Friedensvertrag in ausländischer Währung 951 960 Milliarden Mark, für Zahlungsverpflichtungen aus dem Friedensvertrag in inländischer Währung und für die Reichsverwaltung 4,471 Billionen Mark, für die fundierte Schuld 4,27 Milliarden Mark, für Zinsen für die schwebende Schuld 221 Milliarden Mark.

Die Zahlen sind eine vernichtende Kritik an der Finanzpolitik der bürgerlichen Reichstagsmehrheit, die die Dedung des Reichsetats durch Steuern nicht einmal versucht und die Finanzierung des Ruhrkrieges dem großen Schuldentopf, also der Rotenpresse überläßt.

## Die internationale Arbeitslosigkeit als Kriegsfolge.

Die internationale Arbeitslosigkeit ist eine Folge der Ueberindustrialisierung, diese wieder eine unmittelbare Folge des Krieges. Zu diesen Schlüssen gelangt man, wenn man die von sachverständigen Geschäftsmännern, Statistiken und Nationalökonomien Englands zusammengestellten Altkern (in einem Buch, betitelt: „Der dritte Winter der Arbeitslosigkeit“) studiert. Vergleicht man nämlich zuerst die Bevölkerungsbewegung der Jahre 1911 bis 1921 in den einzelnen Gegenden Englands, so läßt sich eine große Zunahme in den Gebieten der Schwerindustrie (Metallurgie und Schiffbau), eine geringe Zunahme in den übrigen Industriegebieten und eine Abnahme in den landwirtschaftlichen Gebieten feststellen. Von den 780 000 Mann, die den Gesamtzuwachs der erwachsenen männlichen Bevölkerung im Alter zwischen 15 bis

**Salyrin** gegen Schwächezustände, Nervenschwächen, Nervenleiden ein anregendes und kräftigendes Jod-Iodid-Hormon-Präparat der Akt-Ost, Hormona, Düsseldorf-Oranienberg. Zahlreiche Arzt. Anerkennungen. Prospekt gratis. Erhältlich in Apotheken! Steit vorrätig in Berlin: Elefant-Apotheke, Leipziger Str. 74; L. el-Apotheke, Kanonierstr. 41; Hohenzollern-Apotheke, Königin-Augusta-Str. 20; Wiltes-Apotheke, Potsdamer Str. 21 a



# Dixin

das dankbare  
Seifenpulver

Ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER,  
HENKEL & CO., DUSSELDORF



